

Die proletarische Revolution und ihr Programm

Von

Karl Kautsky



A 96 - 07229

Stuttgart 1922 Berlin
J. S. W. Dietz Nachfolger | Buchhandlung Vorwärts
G.m.b.H. G.m.b.H.

Das gilt von der Bureaucratie im allgemeinen. Eine besondere Art der Bureaucratie ist aber die *staatliche*.

In ihrer heutigen Form ist sie ein Kind des mit der Geldwirtschaft aufkommenden Absolutismus.

Zur Zeit der mittelalterlichen Naturalwirtschaft hatte der Staat kein anderes Mittel, seine Beamten ebenso wie seine Krieger zu besolden, als die Verleihung von Grundbesitz samt den dazu gehörigen Arbeitskräften. Das machte den Beamten sehr unabhängig von seinem Herrn und ebenso den Krieger. Sie verstanden es in der Regel, das Lehnsgut in ein Erbgut zu verwandeln und die Verwaltung des ihnen zugewiesenen Gebiets sehr selbständig zu gestalten. Die Selbstverwaltung im Staate war damals sehr ausgebehnt, allerdings weniger auf demokratischer als vielmehr aristokratischer Basis.

Neben der Verwaltung der Feudalherren auf dem Lande tat sich die der Städte auf, von denen jede so viel Freiheiten besaß, als sie ihrer Macht entsprechend dem Fürsten, auf dessen Gebiet sie lagen, abringen konnte. Sie waren mehr oder weniger freie Republiken, aber auch ihre Selbstverwaltung trug in der Regel einen aristokratischen Charakter. Die alten Familien der ersten Grundbesitzer in der Stadt, die Patrizier im Verein mit den großen Kaufherren regierten sie unter Mitwirkung und Kontrolle der Rünfte, die nur in Ausnahmefällen zu einer Meinherrschaft kamen. Die untere, nichtzünftige Bevölkerung hatte im Stadtreghment überhaupt nichts zu sagen.

Als dritter Faktor der Verwaltung im Staate wirkte die Kirche, die mächtigste, intelligenteste und größte der mittelalterlichen Organisationen.

Diesen drei sich selbst verwaltenden Elementen gegenüber spielten die Monarchen nur eine klägliche Rolle. Sie konnten Macht nur gewinnen durch eine dem Gesamtinteresse der herrschenden Massen entsprechende Außenpolitik oder durch kluges Auspielen eines oder zweier der drei Faktoren gegen einen oder zwei andere. Namentlich die Städte halfen gern den Monarchen, wo es gegen Adel oder Kirche ging.

Von ihnen aus kam auch die Stärkung der Staatsgewalt, die schließlich bis zu absoluter Macht anstieg.

Mit der Warenproduktion der Städte entwickelte sich die Geldwirtschaft und die Möglichkeit von Geldsteuern. Sobald

die Fürsten über größere Geldsummen verfügten, bekamen sie nun die Möglichkeit, Krieger und Beamte gegen regelmäßig sich erneuernde Geldzahlungen zu mieten. Derartige Söldner und Beamten standen in ganz anderer ökonomischer Abhängigkeit von ihrem Herrn als die Krieger und Verwalter des Mittelalters. Diese hatten über einen Grundbesitz verfügt, dessen Einnahmen ihnen ohne jedes Zutun des Fürsten durch ihre eigene Verwaltungstätigkeit zufließen. Der Fürst hatte ihnen nichts mehr zu geben, nachdem er sie einmal mit ihrem Besitz belehnt, außer höchstens noch mehr Grundbesitz, der früher einem anderen genommen werden mußte.

Die Söldner und Verwaltungsbeamten des Staates der Geldwirtschaft dagegen saßen auf dem trocknen, sobald die monatliche Löhnung ausblieb. Und konnten sich die bewaffneten Söldner mitunter durch Meuterei helfen, so blieb dieses Mittel den wehrlosen Staatsbeamten versagt. Ihre Lage kennzeichnete sich durch vollständige Abhängigkeit vom Landesfürsten.

Ihre Söldnerarmee und ihre Beamtenschaft zu vermehren, wurde nun eine der wichtigsten Aufgaben der Monarchen. Je weiter sie bei ihrer Lösung vorwärtsschritten, desto mehr verrieten die alten Formen der Selbstverwaltung, kirchliche, feudale, städtische. Die kirchliche Hierarchie wurde nun der staatlichen Bureaucratie einverleibt, die städtischen Freiheiten aufgehoben; den Feudalherren verblieben ihre Einnahmen von ihrem Grundbesitz, aber die Leistungen an schützender, verwaltender und richterlicher Arbeit, die sie ehemals dafür an den Staat zu entrichten hatten, fielen weg und wurden von den bezahlten Armeen und Bureaucraten des Staates übernommen.

So war es ein ungeheurer bureaukratischer Apparat, der sich schließlich erhob. Wir haben von ihm oben schon gehandelt. Er im Bunde mit den Werbarmeen, machte eine Zeitlang jeden Widerstand gegen die Staatsmacht aussichtslos, schuf den fürstlichen Absolutismus. Dieser wurde zeitweise so stark, daß es schien, als sei er von allen Klassen unabhängig und beherrsche sie alle. Doch war das nur Schein. In Wirklichkeit herrschten unter dem Absolutismus diejenigen Teile der oberen Klassen, die am fürstlichen Hofe Einfluß auf den Monarchen und seine Minister bekamen — der Hofadel, der Hofkammer, die

großen Geldleute, die als Steuerpächter und noch mehr als Geldleiher für den Staat äußerst wichtig wurden.

Nichtsdestoweniger haben selbst sehr kluge Leute oft den Schein für die Wirklichkeit genommen und dem, was sie als Staat ansahen, das heißt der anscheinend über den Klassen stehenden Bureaucratie, die Aufgabe zugewiesen, das gesellschaftliche Gemeininteresse, die ewige Gerechtigkeit oder sonstige Postulate einer von Raum und Zeit unabhängigen Sittlichkeit gegenüber den Sonderinteressen der einzelnen Klassen zu vertreten und durchzusetzen.

Und doch ist diese bürokratische Art des absoluten Staates nicht etwas, was jeden modernen Staat kennzeichnet. In der angelsächsischen Welt fehlte dem Monarchentum die Stütze einer jeden Widerstand zerschmetternden Armee. Da konnte sich der Absolutismus und mit ihm auch die Allgewalt der Bureaucratie nicht durchsetzen. Die aristokratische Selbstverwaltung behauptete sich dort so lange, bis sie ohne das Zwischenglied einer mächtigen Bureaucratie durch eine demokratische abgelöst werden konnte.

Natürlich gibt es auch in England eine Bureaucratie. Ohne die kommt keine große, moderne Organisation, also auch kein moderner Staat aus. Aber sie hat lange nicht den Umfang und die Machtbefugnisse der staatlichen Bureaucratie des Kontinents.

Diese bildet eine privilegierte Körperschaft, die Vertreterin der Staatsautorität, vor der jeder einfache Bürger im Staate sich zu beugen hat — ausgenommen natürlich die Regenten des Staates selbst und deren Freunde. Gehorsam zu erzwingen ist die erste Aufgabe der staatlichen Bureaucratie. Sie sucht diese Aufgabe mit der ungeheuren Übermacht zu erreichen, die der Staat dem einzelnen gegenüber besitzt. Ihre Politik im Innern ist Machtpolitik, selbst dort, wo sie ökonomische Funktionen hat. Sie hat die riesigen Summen aufzubringen, die der Staatsapparat kostet. Sie sucht das zu erreichen nicht mit ökonomischen, sondern mit Machtmitteln. Das gilt nicht nur bei der Erhebung von Steuern und Zöllen, sondern auch bei der Verwaltung der fiskalischen Betriebe. Diese sind in der Regel Monopole, die jede Konkurrenz gewaltsam fernhalten und ihre Verkaufspreise nach Belieben festsetzen.

Aber wie der staatliche Bureaucrat Gehorsam zu erzwingen hat, muß er selbst ebenfalls blinden Gehorsam leisten. Es ist nicht sein eigener Wille, sondern der seines obersten Herrn, den er unweigerlich in der ihm aufgetragenen Weise auszuführen hat. Er selbst darf keinen eigenen Willen haben oder wenigstens nicht zeigen. Selbstständiges Denken ist eine Gefahr für den Vorgesetzten und daher nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wird zum großen Teil dadurch überflüssig, daß sich die staatlichen Verhältnisse in normalen Zeiten wenig ändern, so daß es meist die gleichen Vorgänge sind, die sich in der Staatsverwaltung immer wieder erneuern. Was von der Schablone abweicht, ist zu geringfügig, um beachtet zu werden. Die Macht der Staatsgewalt schreitet darüber hinweg. Wo aber eine Abweichung von der Schablone trotzdem erheischt ist, müssen erst zahlreiche übergeordnete Instanzen befragt werden, ehe sie gestattet wird. Neben Schablonenhaftigkeit und Verknöcherung ist Schwerfälligkeit eines der auffallendsten Merkmale der staatlichen Bureaucratie.

Ganz anders ist die Bureaucratie geartet, die der Kapitalismus für seine Zwecke geschaffen hat. Sie stimmt darin mit der staatlichen überein und unterscheidet sich darin von einer gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen, daß sie nicht die Interessen der Mitglieder der Gemeinschaft zu wahren hat, die sie leitet — hier der Staatsbürger, dort der Lohnarbeiter —, sondern daß sie das Interesse eines über den Mitgliedern stehenden Herrn — hier des Monarchen, dort des Kapitalisten — zu vertreten hat. Aber ihre Übermacht gegenüber dem einzelnen ist im kapitalistischen Betrieb doch nicht so groß wie im Staate; die Beamten des Kapitals können doch nicht so leicht bloße Machtpolitik treiben wie die Staatsbeamten.

Dazu kommt aber, daß die Beamten des Kapitals nicht bloß im Produktionsprozeß tätig sind, sondern auch und vor allem im Zirkulationsprozeß. Hier versagt aber in der Regel jede Machtpolitik. Hier stehen die einzelnen Betriebe einander als gleiche gegenüber, hier zeigen sich die ökonomischen Gesetze am stärksten erhoben über jede persönliche Willkür, hier wechseln rasch die Situationen und Verhältnisse, hier setzt sich bloß überlegene Sachkenntnis, Gewandtheit und rasche Entscheidung durch. Mit dem blinden Gehorsam des Beamten gegen-

über dem Vorgeordneten und seinen schablonenhaften Instruktionen kommt man da nicht durch. Wohl muß der Kapitalist ebenso wie der Minister darauf halten, daß alle seine Beamten ihre Schuldigkeit tun, von Pfllichteifer und Interesse für das Unternehmen erfüllt sind, aber Selbständigkeit des Untergebenen ist für den kapitalistischen Vorgeordneten nicht eine Gefahr, sondern ein Vorzug. Weniger durch strenge Unterordnung des Beamten unter seine Instruktionen als vielmehr durch die sorgfältige Auswahl der Kräfte, die er beschäftigt, sucht der Kapitalist zu bewirken, daß sein Unternehmen gut bedient wird.

Der Staat dagegen kann die persönlichen Qualitäten seiner Beamten bei ihrer Anstellung und Verwendung nur wenig in Betracht ziehen. Das verhindert schon der ungeheure Umfang seines Apparats. Er muß sich bei der Auswahl mit dem sehr mechanischen Mittel der Forderung bestimmter Examina helfen. Die persönliche Auswahl, die darüber hinaus geübt wird, ist fast nur die der raschen Beförderung von Protektionskindern, eine Auswahl vornehmlich der Unfähigen, nicht der Fähigen.

Der Durchschnitt steigt zu den höheren Stellen auf nach der Anciennität. So gelangen, abgesehen von den erwähnten Protektionskindern und einigen weniger unerfreulichen Ausnahmen, in die höheren Stellen fast nur alte Herren, müde, verbraucht, durch die ewige Schablonenhaftigkeit ihrer Tätigkeit unzugänglich für alles Neue.

Darin unterscheidet sich die staatliche Bureaucratie sehr zu ihren Ungunsten von der kapitalistischen. Sie unterscheiden sich voneinander wie die Armeen der ersten französischen Republik und der Anstänge Napoleons von denen der sie bekämpfenden monarchischen Mächte. Die ersteren verdankten ihre Sieghaftigkeit nicht zum wenigsten dem Umstand, daß ihre Generale fast alle junge Leute waren, indes die gegnerischen Armeen von sehr alten Herren kommandiert wurden.

Dazu kommt noch, daß in der staatlichen Bureaucratie, ihrer übrigen Schablonenhaftigkeit entsprechend, auch die Entlohnungen schablonenhaft nach Rangklassen geregelt sind. Sie kennt weder eine Gewinnbeteiligung an gesteigerten Erträgen staatlicher Unternehmungen noch eine erhöhte Entlohnung hervorragender Leistungen.

Der kapitalistische Betrieb ist darin viel freier und kann nach Belieben für jeden einzelnen Fall jede Art und Höhe der Entlohnung wählen, die den besten ökonomischen Erfolg verspricht. Er geht dabei mitunter ausschweifend weit. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Masse des Mehrwerts, die sich in kapitalistischen Händen sammelt, enorm gestiegen ist. Daher können die großen Kapitalisten es sich gestatten, für hervorragende Leistungen auf verschiedenen Gebieten, die ihnen gefallen oder ihr Interesse fördern, außerordentlich hohe Summen auszugeben. So für Rennpferde, Archideen ebenso wie für Kunstleistungen, Säger und Sägerinnen, Maler und andere.

Sie sind bereit, Millionen für oft sinnlosen Luxus auszugeben, so sparen sie natürlich auch nicht, wo es gilt, ihrem Leib oder ihrem Profit zu nützen. Sie bezahlen oft Unsummen für einen berühmten Arzt, von dem sie Gesundheit erhoffen. Ebenso aber auch für einen hervorragenden Organisator.

Mit Recht macht Dr. G. Beck den Unterschied zwischen dem Organisationsstechniker und dem Organisator.

„Organisationsstechniker kann man durch Studium werden. Der Organisator wird stets nur geboren.“ (Wege und Ziele der Sozialisierung, Berlin 1919, S. 34.)

Große Organisatoren sind ebenso selten wie große Künstler. Sie werden für den Großbetrieb um so unentbehrlicher, je bedeutender sein Umfang und je mannigfaltiger und enger seine Verschlingungen mit dem Gesamtprozeß der Wirtschaft sind.

Das hat das Kapital seit langem erkannt, und daher juchen einzelne Unternehmungen bewährte Organisatoren durch Gewährung exorbitanter Vorteile und größter Bewegungsfreiheit an sich zu ziehen.

Nicht minder, ja eher noch mehr bedarf die staatliche Bureaucratie hervorragender Organisatoren. Aber sie gibt ihnen weder Bewegungsfreiheit noch außerordentliche Vorteile. Solange die kapitalistische Industrie und der Weltverkehr nicht entwickelt waren, bildete für die heranwachsende Intelligenz der Staatsdienste die beste Möglichkeit, zu einer ökonomisch und sozial hervorragenden Stellung zu gelangen. Zahlreiche hervorragende geistige Kräfte strömten ihm zu, die auf dem Gebiet der Organisation und Verwaltung tätig zu sein vermochten. Wo sich dagegen Großindustrie und Weltverkehr entwickeln, versiegt

dieser Zustrom immer mehr, die staatliche Bureaukratie verarmt gerade an jenen Kräften, deren sie am notwendigsten bedarf, sie kann die Konkurrenz um den Organisator mit dem Kapital nicht aushalten.

Der sozialisierte Betrieb wird aber diese Konkurrenz mit dem Kapital aufnehmen müssen. Er kann nicht gedeihen ohne hervorragende Organisatoren, er muß ihnen zum mindesten die gleichen Vorteile bieten wie der kapitalistische Betrieb.

Schon deswegen ist es unmöglich, die von Marx erhobene, von Lenin aufgenommene Forderung durchzuführen, an keinen im Staatsdienst Tätigen ein den gewöhnlichen Arbeiterlohn übersteigendes Gehalt auszubahlen. Diese Forderung entspricht sicher dem proletarischen Empfinden und unseren sozialistischen Anschauungen. Aber sie ist unvereinbar mit dem ökonomisch Gebotenen, und dieses setzt sich immer durch, und wir kommen am weitesten stets dann, wenn wir es von vornherein erkennen und zu unserer Richtschnur machen und nicht erst durch bittere Erfahrungen klug werden, die uns nahezu bankrott machen.

In einer vollständig sozialistischen Gesellschaft, in der die sozialisierten Betriebe nicht mehr mit dem Kapital zu konkurrieren haben, werden die großen Organisatoren kein anderes Betätigungsfeld mehr finden als im Dienste der Gesellschaft. Da werden sie sich damit abfinden müssen, nicht besser bezahlt zu werden wie andere Intellektuelle auch. Die hervorragenden Leistungen werden trotzdem nicht schwinden, weder in der Kunst noch in der Wissenschaft noch auf dem Gebiet der Organisation. Innerer Drang, Ehrgeiz, Freude an Macht und Ansehen werden genügende Triebfedern sein, solche Leistungen hervorzubringen.

Das gilt aber nicht für die Zeit des Übergangs von der kapitalistischen zu sozialistischer Produktion. Solange das Kapital imstande ist, Mehrwert zu produzieren und Mehrwert zu gewinnen, wird es die großen Organisatoren durch bedeutende materielle Vorteile an sich zu ziehen suchen und dadurch allen Betrieben und Betriebsarten überlegen sein, die nicht Gleiches zu bieten haben.

Zu allen schon aufgezeigten Ursachen der Überlegenheit der kapitalistischen über die staatliche Bureaukratie gesellt sich noch

der Umstand, daß diese den größten, am festesten zusammenhängenden Körper in der modernen Gesellschaft bildet. Schon das bewirkt, daß die staatliche Bureaukratie unter allen sozialen Körpern das größte Beharrungsvermögen selbst bei der Lösung von Fragen hat, bei denen sie nicht schon durch ihr bloßes Interesse zum Widerstand herausgefordert wird.

Und bei alledem ist der Staat nicht nur die umfangreichste und gewichtigste, sondern auch die am längsten lebende aller sozialen Organisationen. Wohl ist auch er sterblich wie alles Gewordene; aber unsterblich im Vergleich zu dem einzelnen Menschen. Daher wird der Staatsbeamte für Lebenszeit Diener des Staates, für Lebenszeit an den gleichen Beruf und Betrieb gefesselt. Demgegenüber ist der einzelne kapitalistische Betrieb, welchen Umfang er auch erreichen mag, doch klein, oft kurzlebig, fast stets rasch wechselnd in seinem Charakter. Seine Arbeitskräfte und auch seine unteren Beamten sind nicht dauernd an ihn gefesselt und er nicht an sie. Das bewirkt im Zusammenhang mit den schon erörterten Eigentümlichkeiten des kapitalistischen Betriebs, daß er ebenso frei in der Auslese der Passendsten unter seinen Arbeitern ist wie frei in der Anpassung an wechselnde Verhältnisse und in der Erreichung höchster Ökonomie, die für ihn eine Lebensbedingung bildet.

Die staatliche Bureaukratie dagegen ist schwerfällig, unökonomisch, ohne Mittel der Auslese der für einzelne spezielle Funktionen Passendsten und dabei aufs äußerste konservativ. Diese Bureaukratie hat sich in den letzten zwei Jahrhunderten als das stärkste Hindernis jedes Fortschritts erwiesen. Sie hat zahlreiche Revolutionen überlebt und ist aus jeder gestärkt hervorgegangen, auch wenn sie Monarchien, Aristokratien, Staatskirchen hinweglegte.

Wenn die moderne Staatsgewalt in den letzten zwei Jahrhunderten trotz der steten Fortschritte der Demokratie sich in ihrem Wesen so wenig geändert hat, daß man von ihr das Wort prägen konnte: „Plus ça change, plus c'est la même chose“ (Je mehr sich das ändert, desto mehr bleibt es das-selbe), so liegt das in der Hauptsache an der Bureaukratie.

Und das sollte die Macht sein, durch die der Staatssozialismus die soziale Revolution durchführen und das Proletariat befreien wollte!

Auf dem Festland Europas sind die Menschen seit dem Absolutismus und dem Polizeistaat so daran gewöhnt, von der hohen Obrigkeit die Abhilfe aller Nöte zu erwarten, die Regierung für alles Üble verantwortlich zu machen, aber auch von ihr alles Herrliche und Große zu erwarten, daß der Gedanke an eine bureaukratische Verstaatlichung der gesamten Produktion für viele nichts Schreckhaftes hatte.

Auch diejenigen unter uns, die diesem Gedanken widerstreben, hielten es nicht für notwendig, ihn mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. So konnte es kommen, daß der russische Sowjetstaat, der die ganze Produktion verstaatlichte und einer allmächtigen, streng zentralisierten Bureaukratie unter Aufhebung, ja Verfolgung aller selbständigen Organisationen im Staate unterwarf — daß ein derartiger Staat von Sozialisten aufgebaut und von anderen Sozialisten als eine höhere Produktionsweise und als Mittel der Befreiung des Proletariats betrachtet werden konnte.

In den angelsächsischen Ländern hat die staatliche Bureaukratie nie die gleiche Rolle gespielt wie bei uns auf dem Kontinent, haben die Massen nie auf die Bureaukratie geredet, stets gegen sie ein instinktives Mißtrauen gehegt. Wohl ist in England der Sozialismus früher als anderswo eine praktische Macht geworden, im Owenismus und Chartismus. Als aber der letztere 1848 zusammenbrach, warfen sich beim Wiederaufleben der Arbeiterbewegung seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Arbeiter mit aller Macht auf die Entwicklung ihrer freien Organisationen, Konsumgenossenschaften und vor allem Gewerkschaften. Dagegen konnten sie sich für die Formen des Sozialismus nicht erwärmen, die nun vom Kontinent zu ihnen hinüberfamen und ihnen zu sehr staatssozialistisches Gepräge trugen.

Die Abneigung gegen die staatliche Bureaukratie trägt wohl nicht wenig Schuld daran, daß der neuere Sozialismus in England so schwer Wurzel schlug. Er wird die englischen Massen um so leichter gewinnen, je mehr wir selbst uns darüber klar werden, daß die staatliche Bureaukratie bloß ein Herrschaftsapparat ist, kein ökonomischer Apparat. Daß wir sie nicht nur in der Politik, sondern erst recht in der Ökonomie aufs äußerste zurückdrängen müssen.

Was wir zu fordern haben, ist die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel, was für die wichtigsten von ihnen die Verstaatlichung des Eigentums an ihnen bedeutet, nicht aber Leitung ihres Betriebs durch die staatliche Bureaukratie.

Die Arbeiter müssen sich dagegen wenden, weil der Sozialismus für sie Befreiung sein soll, nicht Knechtung. Wo wir bereits Staatsbetriebe haben, müssen wir dafür sorgen, daß sie der staatlichen Bureaukratie entzogen werden, dabei aber staatliches Eigentum bleiben. Solange wir nicht eine sozialistische Mehrheit im Reichstag und damit auch eine sozialistische Regierung haben, ist diese Seite der Sozialisierung wohl die einzige, die wir durchsetzen können. Sie ist keineswegs bedeutungslos. Je eher es uns gelingt, die Staatsbetriebe auf eine gesunde Basis zu stellen, die für Arbeiter wie für Konsumenten befriedigende Verhältnisse schafft, um so leichter wird es werden, die Sozialisierung auf weitere Betriebe und Betriebszweige auszudehnen. Man mag darüber streiten, ob es angängig ist, den Staatsbeamten, also den Vertretern der Staatsautorität, das Streikrecht zu gewähren. Es steht sicher in volstem Widerspruch zur Gerechtigkeit und zum Wesen der staatlichen Bureaukratie. Aber je entschiedener man das Streikrecht für sie ablehnt, um so notwendiger wird es, den Charakter des Staatsbeamten auf jene Elemente zu beschränken, die tatsächlich nichts sind als Vertreter und Helfer der Regierung. Es ist ganz sinnlos, Lokomotivführer derselben Disziplin zu unterwerfen wie etwa Schutzeleute oder Zollbeamte. Wer in den Wirtschaftsbetrieben des Staates arbeitet, soll zum mindesten dieselben Rechte haben wie jeder andere Arbeiter seinem Unternehmer gegenüber. Wir müssen, im Interesse des Proletariats selbst, jeden frivolsten Streik verurteilen und bekämpfen. Wir können verlangen, daß Arbeiter in lebensnotwendigen Betrieben niemals Aktionen auf eigene Faust unternehmen, sondern stets im Einvernehmen mit der Gesamtheit der organisierten Proletarier vorgehen. Aber wir müssen es entschieden ablehnen, daß man Arbeiter zu Staatsbeamten macht, damit sie das Recht verlieren, sich gegen eine verständnislose überhebliche Bureaukratie zu wehren.

Entsprechen aber den größeren Verpflichtungen der Arbeiter als Staatsbeamte nicht auch gewisse materielle Vorteile, Sicherheit der Existenz, Versorgung der Familie nach dem Tode des Ernährers und dergleichen? Diese Vorteile sollen die Arbeiter, die im Dienste des Staates sind, nicht verlieren. Wir verlangen dieselben aber für alle Arbeiter, in wessen Dienst immer sie stehen mögen. Und sie sollen jedem Staatsbürger gewährt werden als Leistung der Gesellschaft, nicht des Betriebs, der ihn beschäftigt. Alle „Wohlfahrts-einrichtungen“ für den Arbeiter verwandeln sich aus einem Vorteil in eine drückende Last, wenn sie von seinem Betrieb ausgehen, an den er durch sie gefesselt wird. Also keine staatliche Bürokratie in den staatlichen Betrieben!

Der Sozialismus soll herauswachsen aus dem Kapitalismus. Er ist aufzubauen auf den Erfahrungen der wirtschaftlichen Organisationen, die das kapitalistische Zeitalter hervorgerufen hat, der wirtschaftlichen Organisationen der Lohnarbeiter, Gewerkschaften und Genossenschaften, und der wirtschaftlichen Organisationen des Kapitals.

Dagegen soll der Sozialismus nicht herauswachsen aus dem Herrschaftsapparat, den sich der Absolutismus des achtzehnten Jahrhunderts geschaffen hat, auch nicht aus denjenigen seiner Teile, die er zur Gewinnung von Mehrwert schuf, aus seinen fiskalischen Betrieben.

7. Die private Initiative.

Mit der Frage der Bürokratie hängt eng zusammen die der privaten Initiative.

Die Gegner sozialistischer Produktion fürchten von ihr, daß sie den Antrieb zur Arbeit und den Antrieb zu Verbesserungen der Produktion ertötet, den Fleiß des Arbeiters und die Initiative des Unternehmers.

Den ersteren Einwand, die befürchtete Erhöhung des Antriebs zur Arbeit, brauchen wir nicht ausführlich zu behandeln. Er wäre beachtenswert, wenn der Sozialismus darauf angewiesen wäre, sich auf die Verteilung der Produkte entweder nach der Parole: „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ oder „Jedem das Gleiche“ zu verweisen. Aber wir haben oben in dem Kapitel über die Verteilung gesehen, wie wenig das der

Fall ist. Welche Entlohnungsmethoden für die sozialisierten Betriebe in Betracht kommen, hängt ganz von den Bedürfnissen der Produktion ab.

Alle Entlohnungsmöglichkeiten, die der Kapitalismus erfunden hat, vermag auch der Sozialismus in Anwendung zu bringen. Sie werden an Wirksamkeit nicht geschwächt, sondern verstärkt werden, wenn die Arbeiter eines Betriebs an seiner Gestaltung und Führung mitwirken und wenn die Ergebnisse einer Produktionssteigerung teils den Arbeitern des Betriebs, teils der Gesamtheit, auf keinen Fall aber mehr dem Kapital zufließen.

Wie steht's aber mit der Initiative des Unternehmers? Mit dem einzelnen kapitalistischen Unternehmer hört auch seine Initiative auf. Bedeutet das nicht für die Volkswirtschaft einen unerseßlichen Verlust?

Sehen wir zu.

Auch hier wieder müssen wir unterscheiden zwischen dem Produktions- und dem Zirkulationsprozeß.

Im Produktionsprozeß bedeutet die Initiative des Unternehmers seine Initiative bei der Anwendung neuer Erfindungen und Entdeckungen, bei der Einführung neuer Maschinen, Verfahren, Rohstoffe und dergleichen.

Jede derartige Neuerung ist sicher mit einem unter Umständen oft sehr bedeutenden Risiko verbunden. Sie kann in der Theorie oder im Kleinen sehr bestechend aussehen und sich im großen angewendet doch als ein Fehlschlag erweisen. Und auch die glänzendste Erfindung ist selten bei ihrer ersten praktischen Anwendung vollkommen. Mit ihrer Einführung setzt auch eine stete Arbeit der Verbesserung ein, so daß derjenige, der zuerst eine neue Maschine einführt, oft erleben muß, daß sie rasch veraltet und überholt wird und daß diejenigen, die sich der Neuordnung gegenüber zuerst ablehnend verhielten, später den Gewinn von ihr einheimsten, indes der Bahnbrecher nur die Kosten davon ohne Gewinn hat.

Trotzdem bietet jede Neuerung doch die Aussicht auf erhöhten Gewinn, und sie verlockt daher kühne Unternehmer, das Risiko zu wagen. Diese Art der Initiative ist historisch aufs höchste bedeutsam geworden. Durch sie hat die kapitalistische Produktion jene riesenhafte Produktivität entfaltet und

jene unendliche Fülle von Reichtum geschaffen, die erst ein neues Zeitalter allgemeinen Wohlstandes, das Zeitalter des Sozialismus ermöglicht.

Und auf diese Quelle stets wachsender Fruchtbarkeit sollen wir verzichten? Wird sie aber nicht verstopft, wenn der private Unternehmer und die Aussicht aufgehoben wird, erhöhte Profite durch erfolgreiche Neuerungen zu gewinnen? Der Beamte im sozialisierten Betrieb hätte wohl die Verantwortung für jede Neuerung zu tragen, aber ohne Aussicht auf Gewinn für ihn. Da wird er wohl jedes Risiko scheuen. Und selbst wenn er tatenlustig genug wäre, eine Neuerung zu wagen, wird er doch wegen jeder, die größere Kosten verursacht, erst mit seiner vorgesetzten Behörde zu verhandeln haben. Je größer aber ein Kollegium, desto zahlreicher die Bedenken, die sich in ihm geltend machen.

Der sozialisierte Betrieb wird daher jeder Initiative entbehren, der Fortschritt der Produktivität und damit der Bedingung vermehrten Wohlstandes wird sich nach der Sozialisierung langsamer vollziehen als bei ungestörtem Fortbestehen des Kapitalismus.

Dieser Einwand ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Er wird durch einen Hinweis auf die Aktiengesellschaften nicht entkräftet. Denn in den meisten derselben herrschen nicht die Aktionäre, sondern einer oder der andere Finanzmagnat.

Hier liegt wohl ein Nachteil des sozialisierten Betriebs gegenüber dem vom Kapitalisten besessenen und geleiteten vor. Aber das gilt nur dann, wenn ein einzelner Betrieb allein sozialisiert wird. Das wird aber bei der Sozialisierung nicht die Regel sein. Sie vollzieht sich am zweckmäßigsten in der Form, daß jeder ihrer einzelnen Akte nicht einen einzigen Betrieb ergreift, sondern einen ganzen Betriebszweig, die Gesamtheit der Betriebe, die er umfaßt. Dann liegt aber nichts näher und ist nichts leichter als die Aussonderung eines bestimmten, dazu besonders geeigneten und ausgestatteten Betriebs, dem die besonderen Aufgaben zugewiesen sind, als Forschungs- und Versuchstation zu dienen. Alle vorgeschlagenen Neuerungen werden ihm zur Prüfung zugewiesen. Seiner ganzen Anlage nach ist er dabei auch am

ehesten geeignet, selbst nach Verbesserungen zu suchen, Erfindungen und Entdeckungen nicht bloß zu prüfen, anzuwenden, zu verbessern, sondern selbst solche herbeizuführen. Für die anderen Betriebe gleicher Art besteht dann kein Risiko mehr bei der Einführung von Neuerungen, und die Kosten ihrer Erprobung fallen nicht einem Betrieb allein, sondern ihrer Gesamtheit zur Last, werden so für jeden von ihnen auf ein Minimum reduziert.

Die private Initiative ist dann allerdings aufgehoben, aber auch nicht mehr notwendig. Das Erfinden und die Anwendung von Erfindungen hört nun auf, ein individueller Akt und damit größtenteils Zufallsache zu sein, es wird eine planmäßig geregelte und damit aufs wirksamste gestaltete gesellschaftliche Tätigkeit.

Wie gestaltet sich aber die private Initiative im Zirkulationsprozeß, beim Kaufen und Verkaufen? Hier liegt das eigentliche Feld des Kapitalisten. Er ist früher Kaufmann, ehe er Ingenieur wird, und er bleibt unter allen Umständen Kaufmann, während er Ingenieur nur unter bestimmten Bedingungen wird. Es gibt viele Kapitalisten, die bloß Kaufleute sind. Es gibt keinen industriellen Kapitalisten, der nicht auch Kaufmann wäre. Und als solcher vor allem hat er sich zu betätigen. In der Fabrik kann der Betrieb, wenn er einmal richtig eingerichtet ist, lange Zeit ohne jede weitere kapitalistische Initiative weiter gehen. Der Markt dagegen ändert sich unaufhörlich, oft sprunghaft. Es muß stets beobachtet, erwogen, und es müssen jeden Moment seiner wechselnden Lage entsprechend neue Entschlüsse gefaßt werden. Diese können ebenso fruchtbar wie verhängnisvoll wirken.

Vor dem Aufkommen des industriellen Kapitals kann der Profit des Kaufmanns nur daher rühren, daß er dieselbe Ware billiger kauft und teurer verkauft, was ohne Verletzung des Wertgesetzes nicht möglich ist. Er muß sie entweder unter ihrem Wert kaufen oder über ihrem Wert verkaufen. Das ändert sich, sobald der Kapitalist ein Industrielles wird und den Produktionsprozeß in den Zirkulationsprozeß seines Kapitals einschleibt. Er kauft nun nicht, wie der bloße Kaufmann, Ware, um dieselbe Ware weiterzuerkaufen, sondern er kauft Ware — Rohmaterial, Maschinen, Arbeitskraft —,

um aus ihnen und durch sie eine neue Ware zu produzieren, in der Mehrwert drin steckt. Er kann jetzt Profit erzielen, auch wenn er die Waren zu ihrem vollen Werte kauft und nicht über ihrem Wert verkauft.

Aber immer bleibt das Kaufen und Verkaufen eine wichtige Sache für den Kapitalisten. Denn fast nie fallen die Marktpreise mit den Werten, respektive den Produktionspreisen zusammen. Während sich die Werte nur langsam mit den Produktionsverhältnissen ändern, wechseln die Preise oft von Tag zu Tag. Wenn der Kapitalist die voraussichtliche Gestaltung des Marktes falsch einschätzt, also falsch spekuliert, wenn er in einer Zeit der Teuerung für seine Rohmaterialien hohe Preise zahlt in der Erwartung, sie würden noch steigen, und später, weil er falsch spekuliert hat, das Produkt in einer Zeit der Preislenkung billig verkaufen muß, dann kann der ganze Gewinn verlorengehen, den er aus dem in seinem Unternehmen produzierten Mehrwert hätte ziehen können und müssen, wenn Kauf und Verkauf der Waren zu ihren Produktionspreisen gelungen wäre.

Hier, auf dem Gebiet des Marktes, liegt die aufregendste Tätigkeit des Kapitalisten. Hier liegen für ihn die größten Aussichten auf rasche und große Gewinne, aber auch die schlimmsten Gefahren völligen Zusammenbruchs. Hier wird die entschlossene, aber auch wohlüberlegte und sachkundige Initiative des Unternehmers nicht nur eine Bedingung des Fortschritts, sondern eine Bedingung des Lebens überhaupt.

Ihre Bedeutung für den Fortschritt der Menschheit hat die Initiative des Kaufmanns heute freilich ganz eingebüßt. Ehemalig war sie enorm. Jahrtausendlang, ehe der industrielle Kapitalismus aufkam und durch die moderne Technik die Produktion unvorbildete, war der Kaufmann einer der stärksten fortschrittlichen Faktoren. Wir haben eben bemerkt, daß, solange die Mehrwertproduktion des industriellen Kapitals nicht bestand, der Kaufmann seine Profite nur dadurch erzielen konnte, daß er Waren unter ihrem Werte kaufte, über ihrem Werte verkaufte. Das war schwer zu erreichen, wenn sich ihr Kauf und Verkauf auf dem gleichen Markte vollzog. Der Kaufmann mußte die Ware dort suchen, wo ihr Wert niedrig war, und sie dort absetzen, wo ihr Wert hoch stand.

Das trieb ihn, immer weitere Märkte für den Kauf wie für den Verkauf aufzusuchen, oft unter Gefahr seines Lebens. Zu einer Zeit, wo die Masse der Bevölkerung, sowohl Bauern wie Handwerker, an der Scholle haftete, erfüllte der Kaufmann die Funktionen des Forschungsreisenden und erweiterte dadurch immer mehr den Horizont der Menschen.

Die Entwicklung des industriellen Kapitalismus macht diese Funktion des Kaufmanns und seiner persönlichen Initiative überflüssig. Auf der einen Seite erzeugt er einen solchen Überschuss an persönlichen und technischen Kräften, daß wissenschaftliche Forschung und Sport heute ganz andere Aufgaben erfolgreich bewältigen können, als in früheren Jahrhunderten. Die weitere Aufdeckung noch unbekannter Gebiete können wir ihnen überlassen.

Auf der anderen Seite wird das Interesse des Kaufmanns für diese Gebiete immer geringer, je mehr das industrielle Kapital und damit die Masse des Mehrwerts wächst, an der nun der Handel seinen Teil bekommt. Nicht mit den unbekannten, sondern den wohlbekannten, völlig erschlossenen, hochindustriellen Gebieten wird jetzt der erfolgreichste Handel getrieben. Was in unentdecktem Gebiet für ihn noch zu holen wäre, kommt daneben gar nicht in Betracht.

Allerdings, wenn auch nicht die Entdeckung neuer Gebiete ökonomisch wenig mehr in Betracht kommt, so spielt doch die Erschließung abgelegener Gebiete für den Weltmarkt noch eine große Rolle. Aber heute, wo dazu nicht Karawanenreisen, sondern Eisenbahnbauten in Anwendung kommen, geschieht sie durch Aktionen von Regierungen, die private Initiative kühner Kaufleute reicht dazu nicht aus.

Indes für die Entwicklung und Behauptung des eigenen Betriebs ist die kaufmännische Initiative des Kapitalisten nach wie vor unerlässlich — unerlässlich für das Geschäft. Für die Gesellschaft jedoch um so entbehrlicher, je mehr deren Produktion planmäßig geregelt ist.

Nur die Unsicherheit unserer ökonomischen Verhältnisse macht die Initiative, das heißt die Spekulation des Kaufmanns unentbehrlich. Je größer die Unsicherheit, desto größer die Notwendigkeit, zu spekulieren, desto mehr treten die anderen, nützlicheren Funktionen des Kapitals zurück hinter der

reinen Spekulation auf das Steigen und Fallen der Preise, die selbst unter kapitalistischen Bedingungen für die Gesellschaft ganz überflüssig ist, aber unvermeidlich, solange diese Bedingungen bestehen. Denn in der Gesellschaft der Warenproduktion ist jedes Geschäft, auch das solideste, mit einer Berechnung kommender Preise, also mit einer Spekulation verbunden. Man kann diese nicht erfolgreich treffen, ohne auch jenes zu schädigen. Oder vielmehr, bei jedem Versuch, die Spekulation zu unterbinden, schädigt man eher das solide Geschäft, als daß man die Spekulation trifft.

Daher scheiterten alle Versuche, sie bei weiterbestehender Warenproduktion zu unterdrücken. Sie gedeiht um so mehr, je unsicherer die sozialen Verhältnisse. Und so zeigt sich die paradoxe Erscheinung, daß sie blüht nicht nur im Kriege, sondern in Zeiten der Revolution, bisher gerade dann, wenn die Gegner des Kapitalismus am meisten Macht hatten und ihm am energischsten zu Leibe gingen, sowohl während der Periode des Terrorismus der französischen wie jetzt der russischen Revolution, die zwar das industrielle Kapital ruinierte, aber den privaten Kleinbetrieb namentlich in der Landwirtschaft und damit einen großen Teil von Warenproduktion und Warenzirkulation fortbestehen ließ. Der Terrorismus richtete sich in beiden Revolutionen in hohem Grade gegen die Spekulanten und suchte jede Spekulation durch rücksichtsloses Hinrichten aller „Agitateure“, wie man 1793 sagte, und aller Schieber zu beseitigen. Aber 1793 in Frankreich wie jüngst in Rußland erreichte der Terrorismus nicht die Einschränkung der Spekulation, sondern nur das Wachstum ihrer Kosten für den Staat wie für die Spekulanten selbst. Für jenen wuchsen die Kosten des immer mehr vergrößerten Polizeiparats, für diese wuchsen die Kosten für die Bestechung der Behörden, damit aber auch deren Korruption.

Dagegen vermochte selbst die Todesstrafe die Spekulanten nicht abzuweichen, schon deshalb, weil in jenen Zeiten allgemeiner Unruhe und Stagnation das Schiebertum oft die einzige Existenzmöglichkeit für viele deklassierte Menschen wurde. Es wurde auch fast die einzige Form der Kapitalanwendung, denn je unsicherer die Verhältnisse, desto mehr meidet man jede Kapitalanlage, die nur langsam umschlägt,

da ja die ferne Zukunft völlig unberechenbar. Der größte Teil des großindustriellen Kapitals, wie Bauten und Maschinen, schlägt aber nur langsam um. Den schnellsten Umschlag hat das Kapital, das zu kurzfristigen Spekulationen und Lieferungen verwendet wird.

So haben die proletarischen Phasen der bürgerlichen Revolutionen nur dazu gebiet, die nützlichsten Formen des Kapitals aufs äußerste zu reduzieren; jene, die am meisten der Entwicklung der Produktivkräfte dienen; dafür aber jene parasitischsten enorm zu entwickeln und dadurch die widerlichsten Elemente des Kapitalismus grobkauziehen.

Solange es Warenzirkulation und Kapital gibt, wird es eine Spekulation geben. Es wird um so mehr davon geben, je größer die Unsicherheit der Verhältnisse. Die Spekulation bei fortbestehendem Kapitalismus zurückzudrängen, vermag keine Gewalttätigkeit; es gelingt nur durch Beruhigung und Stabilisierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse. Also am ehesten durch eine Ära der Prosperität bei gleichzeitiger Herrschaft der Demokratie und ihrer Methoden. Nicht durch Bürgerkrieg, Hungersnot und Diktatur.

Ganz verschwinden wird aber die Spekulation erst mit dem Kapitalismus selbst. Solange noch die Produktion für den Markt vorherrscht, wird jeder Betrieb, mag er schon sozialisiert sein oder noch kapitalistisch weiterbetrieben werden, mit den wechselnden Konjunkturen des Marktes rechnen und sie ausnützen, insofern also spekulieren müssen. Auf diesem Gebiet ist aber die Initiative des Einzelbesitzers jeder kollektiven oder gar bürokratisch gebundenen Geschäftsleitung überlegen.

Das besagt aber nicht, daß die Sozialisierung nachteilig oder gar unmöglich ist, es besagt nur, daß bei der Bestimmung der Formen und Arten der Sozialisierung diesem Umfang Rechnung getragen werden muß.

Es gibt Wirtschaftszweige, für die die Schwankungen des Marktes eine geringe Rolle spielen. Zweige, deren Produkte oder Leistungen wenig mannigfaltig sind und ebensowenig mannigfaltig die Art des Konsums oder der Konsumenten dieser Produkte oder Leistungen; Wirtschaftszweige, die ihres Abfahes stets sicher sind, da sie lebensnotwendige Bedürfnisse

zu befriedigen haben. Zweige, deren Betriebe nur wenig zahlreich, leicht zu überblicken und zu einheitlichem Vorgehen zu bringen sind, teils, weil sie natürliche Monopole bilden oder weil sie durch eine weit vorgeschrittene Konzentration des Kapitals oder gesetzlichen Zwang zu künstlichen Monopolen geworden sind.

Betriebszweige dieser Art sind in hohem Grade unabhängig vom Markte. Soweit sie noch in hohem Grade ein Feld der Spekulation bilden, geschieht es nicht deshalb, weil sie vom Markte beherrscht werden, sondern deshalb, weil sie die Kraft erlangt haben, den Markt zu beherrschen. Diese Art der Spekulation ist die sicherste und einträglichste, aber gerade jene, die keine ökonomische Notwendigkeit darstellt, sondern nur aus bestimmten Machtverhältnissen entspringt. Sie ist nicht ein Ergebnis, sondern eine Ursache wirtschaftlicher Unsicherheit.

Die Aufhebung der privaten Initiative für die Herren dieser Betriebszweige, für die großen Kapitalmagnaten, bildet nicht bloß für das Proletariat, sondern für die ganze Gesellschaft einen Akt der Befreiung.

Bei diesen Betriebszweigen wird also die Sozialisierungstätigkeit beginnen müssen. Ihre Sozialisierung ist nicht nur am ehesten möglich, sondern auch am dringendsten nötig.

Je mehr dagegen ein Betriebszweig dem Luxus dient und nicht einem allgemeinen, dringenden Lebensbedürfnis; je zahlreicher und mannigfacher seine Betriebsstellen, je zahlreicher seine Konsumenten, je individueller und wechselnder ihre Ansprüche, um so schwieriger seine Sozialisierung. Diese dieser Produktionszweige werden erst gründliche Wandlungen durchmachen müssen, bevor ihre Sozialisierung überhaupt in Betracht kommen kann.

Jedoch darf man erwarten, daß sie mit jedem Schritte leichter wird, den man auf ihrer Bahn vorwärts macht. Je weiter vorgeschritten die Sozialisierung ist, desto größer unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet. Desto bedeutender aber auch der Einfluß des sozialisierten, planmäßig wirkenden Teiles der Wirtschaft auf deren Gesamtheit.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Sozialisierung bei Betriebszweigen anzufangen hat, die derart zu privaten Monopolen geworden sind, daß sie es vermögen,

den Markt zu beherrschen, statt von ihm beherrscht zu werden. Je mehr solcher Zweige, zum Beispiel Kohle, Eisen, Eisenbahnen, sozialisiert und damit zu einer wirtschaftlichen Einheit — allerdings mit weitgehender Selbstverwaltung ihrer Teile — verschmolzen werden, um so größer ihr dominierender Einfluß auf dem Markte, um so mehr vermögen sie auf die Produktion anderer Betriebszweige bestimmend einzuwirken, desto mehr können sie Schwankungen der Konjunktur ausgleichen und den Gang des Wirtschaftslebens stetiger gestalten. In demselben Maße wird die Initiative des privaten Unternehmers auch im Zirkulationsprozeß immer entbehrlicher werden. Wo er nicht fortführt, im Produktionsprozeß eine entscheidende Rolle zu spielen, wie etwa in künstlerischen Betrieben, wird sich dann auch in den mehr differenzierten Produktionszweigen die Sozialisierung immer leichter gestalten. So wird diese schließlich auch auf Gebieten möglich werden, die ihr heute ganz unzugänglich erscheinen. Aber sie wird dort erst möglich werden, nachdem ein langer Entwicklungsprozeß dazu die Bedingungen geschaffen hat. Diesen zu beginnen, und zwar beim richtigen Ende, ist auf dem Gebiet der Ökonomie die erste praktische Aufgabe der sozialistischen Parteien, sobald sie zur politischen Herrschaft gekommen sind. Es wäre verhängnisvoll, wollten sie an allen Ecken und Enden zugleich, aber nicht minder verhängnisvoll, wollten sie am unrechten Ende beginnen, etwa bei der Landwirtschaft.

Wird die Sozialisierung auf das richtige Maß und Tempo beschränkt und mit ihr beim richtigen Ausgangspunkt eingesetzt, dann ist sie in einem hochentwickelten kapitalistischen Staat wie Deutschland oder England nur noch eine Frage der Macht und eine Frage der nächsten Zeit.

Es gibt Genossen, die meinen, die physischen Bedingungen des Sozialismus seien noch nicht gegeben, denn dieser setze einen hohen Grad von Gemeinssinn voraus, den die Arbeiter noch nicht erreicht hätten.

Sicher wäre mehr Gemeinssinn heute schon sehr nützlich. Aber wäre der Beginn der Sozialisierung davon abhängig, dann stünde es schlimm um sie. Denn wir wissen wohl, daß die ökonomische Entwicklung nicht nur die Kapitalisten immer mehr konzentriert, sondern auch den Gegensatz zwischen Kapital und

Arbeit immer mehr vertieft und das Proletariat immer intelligenter und kraftvoller macht. Aber für das Wachsen seines Gemeinfinns haben wir keine Indizien. Gewiß erzeugt der Klassenkampf ein starkes Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter untereinander. Aber es besteht die ständige Gefahr, daß es zu einem Verußbewußtsein entartet, daß die Solidarität zünftige Formen annimmt. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Idealismus der Arbeiter bisher weniger durch den wirtschaftlichen Kampf gegen das Kapital als durch den politischen Kampf um das große Ziel der Erneuerung des ganzen Staatswesens entzündet wurde. Wo es in der Demokratie keine großen politischen Kämpfe gibt, da wirkt sie in der bürgerlichen Gesellschaft leicht dem Gemeinfinn entgegen. Den höchsten Idealismus während der letzten Jahrzehnte fanden wir bei den russischen, den geringsten bei den amerikanischen Arbeitern.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Arbeiter heute sich dem Einfluß des kapitalistischen Denkens nicht ganz entziehen können, das die gesamte Gesellschaft durchdringt und durch das die Wirkungen des Klassenkampfes oft in hohem Grade paralytisiert werden.

Das darf uns jedoch nicht entmutigen. Darin liegt nur die Aufforderung, die Sozialisierung so zu gestalten, daß sie auch ohne einen ordentlichen Gemeinfinn lebensfähig ist und ihn stets steigert. Wir müssen der Sozialisierung Formen geben, die an das Interesse appellieren, allerdings nicht bloß an das Geldinteresse, sondern auch an das Interesse, das an größerer Macht und Freiheit genommen wird. Die Sozialisierung muß so gestaltet werden, daß alle in den sozialisierten Betrieben Tätigen ein Interesse an deren Gedeihen haben, daß sie freudig und eifrig ihre Pflichten erfüllen. Wir werden daraufhin die Lohnformen in den sozialisierten Betrieben zu prüfen haben und ebenso die Stellung, die wir der Leitung solcher Betriebe einräumen. Wenn auch bei fortschreitender Sozialisierung die Initiative der Leitung immer entscheidender wird, das Interesse am erfolgreichen Fortgang der Produktion muß stets bei ihr vorhanden sein, soll die sozialistische Produktion mehr leisten als die kapitalistische und ihrer großen Aufgabe gerecht werden.

Und darum möglichst große Bewegungsfreiheit der Leitung, kein Zurückschrecken vor außergewöhnlichen Entlohnungen, wenn nur dadurch hervorragende Organisatoren zu gewinnen sind, sowie Anteilnahme der Leitung und der Arbeiterenschaft jedes Betriebs an einem Mehrprodukt, das ihren speziellen Leistungen entspringt und nicht allgemeinen natürlichen oder gesellschaftlichen Faktoren.

8. Die Formen der Sozialisierung.

a) Sozialisierung und Sozialreform.

Die Sozialisierung wird nur schrittweise und für die Ungeduld des Proletariats zu langsam vor sich gehen. Sie wird den Arbeitern der sozialisierten Betriebe auch nicht sofort eine bedeutende Verbesserung ihrer Einkommen bringen können.

Die Tätigkeit der Regierungen und Parlamente wird sich daher, nachdem das Proletariat die politische Macht erobert hat, nicht auf die Sozialisierung beschränken dürfen. Sie muß daneben Maßregeln ergreifen, die nicht einzelnen Arbeitergruppen, sondern der ganzen ärmeren Bevölkerung zugute kommen und deren Lage sichtbar verändern. Diese Maßregeln werden um so weiter gehen können, je reicher die Gesellschaft, das heißt allerdings einstweilen, je reicher die Kapitalistenklasse, je höher ihre Einnahmen, die abhängen von der Produktivität der Arbeit. Um so größer die Steuerlast, die Staat und Gemeinden den Besitzenden aufladen können, um die Leistungen der Gesellschaft zu erweitern.

Es wird dann heißen, ein ausreichendes gesellschaftliches Gesundheitswesen sowohl prophylaktischer wie heilender Art zu schaffen, das Schulwesen auszubauen und die Ernährung und Bekleidung der Schulkinder auf gesellschaftliche Kosten herbeizuführen.

Wie für die Jüngsten muß auch für die Ältesten und für sonstige Arbeitsunfähige von Gesellschaft wegen ausreichend gesorgt werden, und zwar nicht bloß für die der Lohnarbeiter allein. Die Erwerbslosenfürsorge ist produktiver und weniger drückend zu gestalten.

Endlich müssen Staat und Gemeinde das Wohnungswesen in die Hand nehmen und die Erbauung billiger, gesunder, freundlicher Wohnungen herbeiführen.

Alle diese Maßnahmen müssen, wenn sie energisch angepaßt und durchgeführt werden, bereits die Lage der Massen erheblich verbessern, die schlimmsten Ursachen moralischer Degradation und intellektueller Rückständigkeit beseitigen. Geseht sich dazu eine ausgiebige Schulung der Massen durch die sozialistische Partei, die Gewerkschaften, die Betriebsräte, dann müssen sie das Proletariat gewaltig heben, seine Fähigkeiten industrieller Selbstverwaltung vermehren, sein Pflichtgefühl gegenüber den staatlichen und kommunalen Anlagen steigern, sein Interesse am sozialistischen Regime erhöhen, die Sozialisierung erleichtern, gleichzeitig aber auch die proletarische Ungeduld etwas eindämmen, so daß die Sozialisierung nicht überstürzt wird, was Fehlschläge und Entmutigung nach sich zöge.

Wenn wir von der notwendigen Langsamkeit der Sozialisierung reden, so meinen wir damit natürlich nicht, daß das sozialistische Regime sich auf die faule Haut legen oder nur im Schneckentempo vorwärtsmarschieren soll.

Es wird neben der Sozialisierung noch eine Fülle anderer großer Aufgaben vorfinden — wir haben hier nur einige unter ihnen hervorgehoben —, die bereits auf kapitalistischer Basis, ohne jegliche Sozialisierung gelöst werden können, die bisher nicht an den gegebenen ökonomischen Verhältnissen, sondern an den Machtverhältnissen im Staate scheiterten und sofort durchführbar werden, sobald diese Machtverhältnisse sich zugunsten des Proletariats gründlich ändern.

In ihrer gesellschaftlichen Bedeutung unterscheiden sich diese großen Reformen allerdings dadurch von der ökonomischen Revolution der Sozialisierung, daß jene den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und damit den Klassen Gegensatz und Kampfsampf mit seinen unangenehmen Folgen nicht aufheben. Mit der Kraft und Intelligenz des Proletariats vermehren sie nur sein Bedürfnis, die kapitalistische Autokratie durch die industrielle Demokratie zu ersetzen.

So werden alle die großen Reformen, die der Sieg des Proletariats herbeiführen wird, es nicht befriedigen, seinen Ansturm gegen das Kapital nicht eindämmen, sondern ihn nur wirksamer gestalten. Erst wenn die sozialisierte Betriebsform die herrschende im Produktionsprozeß geworden ist, wird die Gesellschaft die Basis gefunden haben, auf der sie sich ohne

große Kämpfe der Klassen weiterzuentwickeln vermag; in der die Arbeiterklasse, der Schöpfer der Warenwelt, auch ihr Weser wird und die große Masse Befriedigung und Glück in der gegebenen Gesellschaft findet.

b) Ausgangspunkte der Sozialisierung.

Wir haben gesehen, daß es bestimmte Betriebszweige sind, bei denen die Sozialisierung zu beginnen hat. In jedem Land ist der wirtschaftliche Aufbau ein besonderer, der Eigenart seines Bodens und seiner Geschichte entsprechend. So wird auch nicht in jedem Lande der Ausgangspunkt der Sozialisierung der gleiche sein. In der Schweiz zum Beispiel kann man nicht mit dem Kohlenbergbau beginnen, weil es dort keinen gibt.

Allen kapitalistischen Ländern gemeinsam ist aber ein großer Betriebszweig, der ein großes gesellschaftliches Monopol darstellt, für das ganze Leben unentbehrlich ist und um die Bewertung seiner Leistungen nicht besorgt zu sein braucht: die Eisenbahnen.

In vielen Staaten sind sie bereits verstaatlicht. Dort braucht die Sozialisierung nicht mehr eine Änderung des Eigentums, sondern nur eine Organisation zu sein. Die Staatseisenbahnen werden ja überall von der staatlichen Bureaucratie betrieben. Sie von dieser unabhängig im Betrieb zu machen, ihnen die Selbstverwaltung einer industriellen Demokratie zu geben, die das Staats Eigentum auf Geheiß des Staates und nach seinen Anordnungen verwaltet, das ist überall die Aufgabe der Sozialisierung der Eisenbahnen.

In Ländern, wo diese noch nicht verstaatlicht sind, verbindet sich die Aufgabe der Umorganisation natürlich mit der der Umwandlung aus privatem in staatliches Eigentum.

Wo ein Kohlenbergbau besteht, bildet dieser den zweiten Ausgangspunkt für die Sozialisierung. Die Zahl der Staatsgruben ist noch gering, daher fällt überall in der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus die Eigentumsfrage mit der Organisationsfrage zusammen.

In den beiden Staaten, die der Herrschaft des Proletariats am nächsten stehen, England und Deutschland, werden sicher Kohle und Eisenbahn den Ausgangspunkt der Sozialisierung bilden. Darüber werden sich die zähesten und entscheidendsten

Kämpfe abspielen. Eine Staatsgewalt, die über diese beiden Machtpositionen verfügt, hat bereits den Schlüssel zur Beherrschung des ganzen Produktionsprozesses in der Hand.

Nicht in allen Betriebszweigen ist der Staat der berufene Träger der Sozialisierung, wenn auch seine Gesetzgebung für alle ihre Erscheinungsarten die Grundlagen und Möglichkeiten zu schaffen hat. Zumeist ist das Ziel der Sozialisierung die Ersetzung der Profitwirtschaft durch Bedarfsdeckungswirtschaft. Das heißt diejenigen, für deren Bedarf produziert wird, sollen Eigentümer der Produktionsmittel sein. Der Kreis dieser Elemente wird aber nicht immer mit dem der Bewohner des Staates zusammenfallen. Wir sehen hier ab von einer interstaatlichen Wirtschaft, von dem Eigentum eines Völkerbundes an internationalen Produktions- oder Kommunikationsmitteln: die Entwicklung steuert sicher einem solchen Zustand entgegen. Doch kommt er nicht für unsere nächsten Aufgaben, sondern erst für eine höherentwickelte Form sozialistischer Wirtschaft in Betracht. Er braucht uns also hier nicht zu beschäftigen.

Wohl aber die entgegengesetzte Seite des Problems. Manche Zweige der Produktion oder des Verkehrs dienen bloß eng lokalen Zwecken. Ihre Konsumenten bilden einen viel engeren Kreis, als der des Staates ist. Hier die Produktions- oder Kommunikationsmittel zu verstaatlichen, wäre ganz zwecklos und würde eine große Schwerfälligkeit hervorrufen. Für solche Zwecke kommt kommunales Eigentum und kommunaler Betrieb in Frage.

Zum allgemeinen ist bei den lokalen Monopolen der Übergang in Gemeindebetrieb schon viel weiter fortgeschritten als die Verstaatlichung der großen, das ganze Land beherrschenden Monopole. Die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, die Straßenbahnen sind zumeist schon kommunalisiert. Hier geht die Aufgabe vor allem dahin, in den städtischen Betrieben an die Stelle der bürokratischen Autokratie Betriebsformen zu setzen, die eine weitgehende Selbstverwaltung der Arbeitskräfte ermöglichen, allerdings in einer Weise, die den Interessen der Konsumenten gerecht wird und in den städtischen Arbeitern nicht eine privilegierte Arbeiteraristokratie schafft, die Vorteile auf Kosten der übrigen Arbeitermasse genießt.

Daneben müssen die Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit natürlich trachten, auch das Bereich der für den städtischen Konsum arbeitenden Gemeindebetriebe auszuweiten. Sie brauchen sich dabei nicht auf Betriebe mit Monopolstellung zu beschränken.

Die Brotfabriken zum Beispiel genießen noch keine solche Stellung, sie machen einander noch starke Konkurrenz, und die private Initiative des Unternehmers spielt in ihrem Zirkulationsprozeß noch eine große Rolle. Aber nur wegen dieser Konkurrenz, die von selbst aufhört, wenn die Gemeinde die Brotfabriken an sich bringt. Der Vertrieb ihrer Ware selbst ist sehr einfacher Natur und erheischt bei fehlender Konkurrenz gar keine besondere Initiative. Das Brot unterliegt keiner Mode, keiner individuellen Auswahl und Anpassung, sein Absatz ist gleichmäßiger als der einer anderen Ware. Erhebliche Kosten verursacht in einer großen Stadt mit einer Anzahl von Brotfabriken für jede von ihnen der Versand ihrer Brote durch die ganze Stadt. Sind die Fabriken alle in einer Hand, dann wird jeder ein besonderer Bezirk zugeteilt, der ihr zunächst liegt, was die Versandkosten erheblich verbilligt und es ermöglicht, den Brotpreis herabzusetzen sowie die Löhne der Bäckereiarbeiter oder ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Neben der Sorge für das Brot wird die für die Wohnungen sozialistische Gemeinden sehr beschäftigen. Wir haben schon bemerkt, daß die Wohnungspolitik eine der ersten Aufgaben des sozialistischen Regimes werden wird. Es hat die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die gesamte ärmere Bevölkerung sofort in Angriff zu nehmen. Das kann nicht geschehen ohne einschneidende Änderungen der staatlichen Gesetzgebung, aber die Hauptsache wird von den Gemeinden geleistet werden müssen, die entweder direkt oder durch Pausenlosgesellschaften Wohnungen erbauen müssen, was wieder die Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Herstellung von Baumaterialien mit sich bringt.

So werden sich in Staat und Gemeinde die mannigfachen Ansatzpunkte zu Sozialisierungen ergeben.

Daneben ist noch eine dritte Form der Bedarfsdeckungswirtschaft möglich. Es können sich Verbraucher eines oder mehrerer bestimmter Gegenstände zusammentun, um eigene Produk-

tionsstätten zu erwerben, in denen deren Produkte für den eigenen Verbrauch der Gemeinschaft hergestellt werden. Doch werden derartige Gründungen nur dann sozialistischen Charakter tragen, wenn sie von Lohnarbeitern ausgehen. Eine produzierende Genossenschaft der bestehenden Klassen wird stets in einem Klassengegensatz zu ihren Arbeitern stehen und kann nicht als Mittel dienen, ihn zu überwinden.

Besonders kommen hier in Betracht die Konsumgenossenschaften der Arbeiter. Zunächst sind sie bloß bestimmt, die Nachteile des parasitischen Zwischenhandels für die proletarischen Konsumenten auszufächeln, indem sie direkt beim Produzenten kaufen und zum Selbstkostenpreis, natürlich mit Aufschlag für Verwaltung und Risiko, verkaufen. Aber wenn die Vereinigung groß genug geworden ist und namentlich wenn die lokalen Konsumvereine eines Landes sich zu einer Groß-einkaufsgesellschaft vereinigen, kann diese dazu übergehen, einzelne der Waren, die sie vertreibt, selbst herzustellen. Das ist im Grunde bereits eine sozialistische Wirtschaft, da sie nicht für den Markt produziert, sondern für den Bedarf ihrer Mitglieder, und da sie nicht darauf angelegt ist, Profit zu erzielen, also auch ihren Arbeitern die besten Arbeitsbedingungen bietet, die unter den gegebenen Umständen mit der Lebensfähigkeit des Unternehmens vereinbar sind.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine kann unter günstigen Umständen schon vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat eine große Ausdehnung erreichen, wie das Beispiel Englands beweist. Immerhin wird sie stets auf wenige Produktionszweige beschränkt bleiben, die direkt Waren für den persönlichen Konsum der Masse produzieren. Nur einige wenige Waren, die für den persönlichen Konsum der Masse bestimmt sind, und bei diesen Waren meist nur die letzten Phasen ihrer Herstellung fallen in das Bereich der Eigenproduktion der Konsumvereine. Die Produktion der Produktionsmittel bleibt ihr fast gänzlich unzugänglich, und doch umfaßt diese bei fortschreitender Arbeitsteilung immer mehr den größten Teil der gesellschaftlichen Produktion und bildet das eigentliche Gebiet des Großbetriebs und damit die Haupttriebkraft des Sozialismus. Die Produktion der Konsumgenossenschaften wird stets sehr bescheiden erscheinen gegen-

über der Sozialisierung durch Staat und Gemeinde. Sie kann deren Wirkung auf keinen Fall ersetzen.

Trotzdem kann die Eigenproduktion der Konsumvereine sehr wichtig werden nicht bloß als Vorbild, sondern auch durch ihre ökonomischen und sozialen Wirkungen auf die Lage mancher Arbeiterschichten. Sie wird vielleicht noch wichtiger werden in primitiven, agrarischen Gebieten als in den großen Industriestaaten. In diesen sind Bauern und Lohnarbeiter meist schon streng getrennt und durch starke Gegensätze getrennt. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften tragen da einen ganz anderen Charakter als die proletarischen. Anders liegen die Dinge in Rußland, in den Balkanstaaten, in Kaukasien; und ähnlich wie dort mag es noch werden in China und Indien. Dort stehen sich Industriearbeiter und Bauern noch nahe. Zünftig noch kämpfen sie große revolutionäre Kämpfe in enger Gemeinschaft miteinander aus. Der bolschewistische Brutalitätswahnsinn hat zwar sein möglichstes dazu getan, die Bauern Rußlands der proletarischen Revolution zu entfremden. Immerhin dürfte auch heute noch dort die Kluft zwischen Arbeitern und Bauern nicht unüberbrückbar sein.

Da wird es möglich, daß die Konsumgenossenschaften der städtischen Arbeiter auch in den Dörfern Fuß fassen, so daß diesen Genossenschaften die ungeheure Kaufkraft der ganzen ländlichen Bevölkerung in hohem Maße zur Verfügung gestellt wird. Das ergibt für die Eigenproduktion der Konsumvereine jener Gebiete eine weit breitere und stärkere Basis als für die der alten Industriestaaten.

Die Konsumvereine werden die wichtigsten, aber nicht die einzigen Verbraucherorganisationen sein, die nach einer Eigenproduktion für den Selbstgebrauch streben werden. Nach dem bekannten Bibelwort lebt der Mensch nicht bloß vom Brote, sondern auch vom Worte Gottes. Er braucht nicht bloß Brot, Speck, Gerichte, Seife, Stiefel und sonstige Waren des Konsumvereins, sondern er verlangt auch nach geistiger Nahrung. Die sich aber von der Obrigkeit vortreiben und präparieren zu lassen, wird er entschieden ablehnen. Nichts bezeugt die Kulturlosigkeit des Bolschewismus besser als die Tatsache, daß er jede andere literarische Publikationsmöglichkeit als die durch die Staatsverlage im russischen Reich unmöglich machte. Trotz

alles Kosettierens mit der modernen Kunst und Literatur hat sich der Bolschewismus dadurch als das fürchterlichste Mittel der Verdummung der Massen seit den Tagen des schlimmsten christlichen und mohammedanischen Glaubensfanatismus erwiesen, in denen die Reste altgriechischer Kultur bis auf wenige dürftige Überbleibsel ausgelöscht wurden.

In einem zivilisierten proletarischen Regime wird das lesende Publikum es sich verbitten, nur vollständig vorgekaut Literatur vorgelesen zu bekommen.

Die Versuche, den kapitalistischen Verleger in der Literatur auszuschaufeln, können sich nur in der Richtung vollziehen, daß er durch die freie Organisation der Verbraucher ersetzt wird. Heute schon gibt es Organisationen, die Zeitschriften, Zeitungen, Bücher herausgeben, nicht um Profit zu erzielen, sondern um den Bedarf ihrer Mitglieder zu befriedigen. Die Gewerkschaften haben ihre Fachzeitschriften, ebenso die Vereine der Ärzte, der Ingenieure usw. Auch die Zeitungen der sozialdemokratischen Parteien sind keine geschäftlichen Gründungen. Jeder anderen Organisation muß und wird es freistehen, in ähnlicher Weise ihre Publikationen für den Gebrauch ihrer Mitglieder und Freunde herauszugeben.

Verlage des Staates und der Gemeinden mögen daneben Schriften herausgeben, die Staats- oder Kommunalzwecken dienen, Reichs- oder Gemeindefachschriften, Gesetzessammlungen, Schulbücher oder Werke, deren Wert von aller Welt einmütig anerkannt ist, also die sogenannten Klassiker.

Man sieht, die Sozialisierung kann von den verschiedensten Punkten ausgehen und schon deshalb auch die verschiedensten Formen annehmen. Nichts verschlechtert als der Glaube an die mit einem Schlage einsetzende Sozialisierung von oben herab, die die ganze Gesellschaft in eine einzige große Kaserne oder, wie Lenin sagt, eine einzige große Fabrik verwandelt. So unendlich mannigfaltig wie das moderne gesellschaftliche Leben werden auch Ausgangspunkte und Formen der Sozialisierung werden, und sie wird um so besser gelingen und gedeihen, je weniger dabei die staatliche Bürokratie eingzugreifen braucht, je kraftvoller, einsichtsvoller und zielbewusster die Selbsttätigkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, vor allem ihrer arbeitenden Massen, dabei zur Geltung kommt.

Und verschieden wie die Ausgangspunkte und Formen der Sozialisierung werden auch ihre Zeitpunkte sein. Wohl hängt ihre Ausföhrung durch Verbraucherorganisationen und Gemeinden von der staatlichen Gesetzgebung ab. Aber wo der Staat einigermaßen demokratischer Art ist, da haben die Genossenschaften wie Gemeinden ausreichenden Spielraum, bei entwickelter Arbeiterbewegung bereits vor der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat wenigstens auf einigen Gebieten Sozialisierungen durchzuführen. Am freiesten sind dabei die Verbrauchergenossenschaften. Aber auch die industriellen Kommunen können hier manches leisten, und einzelne von ihnen erlangen schon früher sozialistische Mehrheiten als die staatlichen Parlamente.

Eigenartig allerdings ist es, daß dabei nicht die Hauptstädte den anderen führend vorangehen. Darin sehen wir wieder einen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution. In den bürgerlichen Revolutionen ergreift die Hauptstadt die Initiative und gibt sie den Ton an. Die englische Revolution gegen Karl I. hätte nicht gesiegt ohne London. Was Paris seit 1789 für die Revolution bedeutete, ist allbekannt. Im Jahre 1848 waren es Paris, Wien, Berlin, die die Revolution bestimmten, und auch die russischen, noch stark in der bürgerlichen Phase stehenden Revolutionen von 1905 und 1917 wurden getragen von Petersburg und Moskau.

Ganz anders die proletarische Revolution. Für sie werden die reinen Industriegebiete weit wichtiger als die großen Hauptstädte, deren Industrie zum großen Teil Luxusindustrie ist, und in denen sich mehr noch als die Industrie die Bürokratie des Reiches konzentriert und daneben Schwelgerei und Korruption dominieren. So blieb schon in der Zeit der Chartisten London hinter dem industriellen Norden Englands an sozialistischer Geschlossenheit und Entschlossenheit weit zurück. Paris hört seit 1871 immer mehr auf, eine sozialistische Vormacht zu sein. Die heutige Schwäche des Sozialismus in Frankreich wird zu einem Teil dadurch bedingt, daß im Kriege der industrielle Norden zerstört wurde. Und ebenso finden wir heute Berlin hinter den Industriegebieten Deutschlands an sozialistischer Kraft so weit zurückstehend, daß es nicht einmal seine sozialistische Mehrheit zu

behaupten vermochte. Nur Wien macht eine Ausnahme unter den Großstädten des entwickelten Kapitalismus.

In den eigentlichen Industriegebieten erlangen wir eher sozialistische Mehrheiten. Hier wird deren Wirken freilich nicht wenig dadurch gehindert, daß die Mehrheit ihrer Bevölkerung sehr arm ist. Die Massen von Mehrwert, die sie produziert, werden meist in der Hauptstadt teils akkumuliert, teils verjubelt.

Also Großes darf man von der sozialistischen Tätigkeit der Genossenschaften und Gemeinden nicht erwarten, solange im Staate selbst nicht eine entschiedene sozialistische Mehrheit besteht. Aber so schwierig diese Tätigkeit bis dahin sein wird, und so gering ihre Erfolge, werden sie doch ihre große Bedeutung haben als jene ersten Schritte, die bekanntlich die schwersten sind. Sie bekommen bahnbrechende Bedeutung durch die Erfahrungen, die sie sammeln und die unsere spätere größere Praxis befruchten, vor Fehlschritten bewahren und erfolgreicher gestalten. Außerdem wirken sie äußerst propagandistisch und aufmunternd dort, wo sie durch die Tat die Überlegenheit des sozialisierten Betriebs dokumentieren. Entscheidend wird dabei werden die Haltung der Arbeiter eines solchen Betriebs. Die beste Organisation und Leitung allein nützen nichts ohne Reife der Arbeiter zur Selbstverwaltung.

Wenn die Arbeiter der Kommunalbetriebe diese Reife an den Tag legen, dann wird von diesen Betrieben ein unabwehrlicher Drang ausgehen nach Ausdehnung der Sozialisierung auf größeren Gebieten. Erweisen sich die Arbeiter der Kommunalbetriebe noch als unreif, dann stehen die Ausichten auch der staatlichen Sozialisierung schlecht.

Mögen die städtischen Arbeiter allenthalben und ebenso die Arbeiter der heute schon staatlichen Betriebe sich der großen Verantwortung für die Befreiung des gesamten Proletariats stets bewußt sein, die auf ihnen heute ruht!

c) Die Produktivgenossenschaft.

Mannigfaltig müssen Ausgangspunkte und Zeitpunkte der Sozialisierung verschiedener Betriebszweige der Produktion und des Verkehrs sein. Ebenso mannigfaltig wird sich ihre Organisation gestalten.

Wenn wir abjehen von den utopistischen Ausmalungen und Versuchen sozialistischer kleiner sich selbst genügender Gemeinwesen, Kolonien, Phalanstiere usw., dann finden wir als erste Form der Sozialisierung, die vorgeschlagen wird, die der Produktivgenossenschaft. Die Arbeiter eines Betriebs übernehmen diesen und richten ihn nach ihrem Gutdünken ein, geben sich selbst ihre Satzungen, erwählen ihre Leitung. Hier finden wir die vollkommenste Demokratie der Arbeit. Hier verfügen auch die Arbeiter frei über die Produktionsmittel und über das ganze Produkt ihrer Arbeit.

Es gab eine Zeit, wo jeder, der überhaupt an die Befreiung der Arbeit dachte, in der Produktivgenossenschaft das Mittel dazu sah. Die liberalen Arbeiterfreunde unterschieden sich von den Sozialisten nur durch den Weg zur Produktivgenossenschaft. Die Liberalen meinten, die Arbeiter vermöchten sich selbst zu befreien, wenn sie nur tüchtig sparten, um die Mittel zur Begründung solcher Genossenschaften zu gewinnen. Die Sozialisten erkannten die Sinnlosigkeit dieser Erwartung. Sie erklärten, die Produktivgenossenschaften könnten für die Abschaffung der Lohnknechtschaft nur Bedeutung gewinnen, wenn sie in großer Zahl für die gesamte Arbeiterschaft mit Staatsmitteln ins Leben gerufen würden, wenn die Produktionsmittel Staatseigentum blieben und die Genossenschaften in ausgedehnten Verbänden die Produktion organisierten.

Darin waren fast alle Sozialisten einig. Unterschiede gab es zwischen ihnen jedoch in bezug auf den Weg zur Staatshilfe. Louis Blanc, der für die Idee der Produktivgenossenschaften aufs wärmste eintrat, glaubte, die Herbeiführung der demokratischen Republik allein genüge schon, um den Arbeitern die nötige Staatshilfe zu sichern. Lassalle, der die Idee von Louis Blanc übernahm, meinte sogar, schon das bloße allgemeine gleiche Wahlrecht führe, selbst in der preussischen Militärmonarchie, zu der Bereitwilligkeit der Staatsgewalt, das Proletariat von der Kapitalherrschaft zu befreien.

Mary dagegen sah im allgemeinen Wahlrecht und der demokratischen Republik notwendige Voraussetzungen der Befreiung des Proletariats. Aber sie ersah ihm nur möglich durch eine Staatsgewalt, die vom Proletariat erobert war,

was nicht nur allgemeines Wahlrecht und Republik, sondern auch eine hohe kapitalistische Entwicklung sowie ein zahlreiches, gut organisiertes und geschultes Proletariat voraussetzte. Auch er legte großen Wert auf die Produktivgenossenschaften, zunächst aber erschienen ihm die Gewerkschaften weit wichtiger.

Heute ist die Bedeutung der Gewerkschaften größer als je, seitdem sie sich nicht mehr bloß um Löhne und Arbeitszeit kümmern, sondern auch in die innere und äußere Politik energisch eingreifen. Von den Produktivgenossenschaften ist dagegen wenig mehr die Rede. Die praktischen Erfahrungen, die man mit ihnen machte, haben mancherlei Bedenken gegen sie hervorgebracht. Wohl gediehen nicht wenige unter ihnen, und sie bezeugten durch ihr Beispiel, daß die Selbstverwaltung der Industrie durch ihre Arbeiter keineswegs eine Utopie ist. Aber es ging mit ihnen wie mit allen Unternehmungen in der kapitalistischen Welt. Nicht alle gediehen, manche verfielen oder machten Bankrott, und deren Zahl war schon deswegen nicht gering, weil ihren Leitern vielfach die nötige kommerzielle Erfahrung fehlte und sie in der bürgerlichen Welt auf die schärfste Gegnerschaft bei denjenigen stießen, die als Lieferanten von Material, als Gewährer von Kredit, als Abnehmer von Produkt für sie in Betracht kamen.

Sollte der Staat verpflichtet sein, jeder Genossenschaft ihre Verluste zu decken, wie unfähig auch die Leitung, wie unzulänglich die Arbeitskräfte? Das mußte, wenn es in großem Maßstab geschah, den Staat selbst auch ökonomisch heruntbringen. Auf diesem Wege war eine höhere Produktionsweite nicht zu erreichen. Der kapitalistische Staat, der bisher für solche Versuche allein in Frage kam, hat natürlich nie Miene gemacht, eine derartige Hilfsaktion einzuleiten. Soweit es auf ihn ankam, hat er das Fallende gestoßen.

Sollten nun etwa die gedehenden Produktivgenossenschaften den niedergehenden helfen? Sollten deren Mitglieder die der bankrotten Genossenschaften mit gleichen Rechten in ihrer Mitte aufnehmen? Das fiel ihnen gar nicht ein. Sie hatten über die Schwierigkeiten der Anfänge hinweggeholfen. Nun sollten sie, sobald sie so weit waren, die Früchte zu ernten,

diese teilen mit jenen, die vielleicht weniger opferwillig oder eifrig gewesen waren und dadurch dem Ruin verfallen waren! Möchten diese moralisierenden Erwägungen berechtigt sein oder nicht oder möchten kühnere geschäftliche Erwägungen ohne moralische Salbung entscheiden. Genug, das Ende vom Liede war bei den Produktivgenossenschaften stets folgendes: Die einen mißlangen, die gelingenden dagegen vergrößerten sich, nahmen neue Arbeiter auf, aber nicht als Teilnehmer mit gleichen Rechten, sondern als Lohnarbeiter. So wurden die Produktivgenossenschaften praktisch nur ein Mittel, eine Reihe von besonders befähigten oder vom Glück begünstigten Proletariern in Kapitalisten zu verwandeln, nicht die Herrschaft des Kapitals aufzuheben.

Trotzdem braucht man die Idee der Produktivgenossenschaft nicht ganz aufzugeben. Sie wurden bisher stets unter Verhältnissen versucht, die ihnen große Schwierigkeiten bereiteten. In einem vom Proletariat beherrschten Staatswesen könnten sie sich leichter entfalten, und der Nachteil, daß sie nur neue Kapitalisten züchteten, ließe sich vielleicht durch besondere Bestimmungen verhindern.

Aber wie sehr das auch gelingen mag, es ist nicht zu erwarten, daß sie zur allgemeinen Form sozialistischer Produktion werden, wie man früher annahm.

In seiner Geschichte der Revolution von 1848 spricht Louis Blanc natürlich auch ausführlich von den sozialistischen Versuchen, die im Revolutionsjahr unter dem Druck der Arbeitererschaft von Paris bei sehr großem Widerstreben der provisorischen Regierung vornehmlich im Geiste Louis Blancs gemacht wurden.

Da ist es nun bemerkenswert, daß es fast ausschließlich Handwerke waren, für die damals mit Staatshilfe Produktivgenossenschaften gegründet wurden. Das entsprach auch dem Stande der Pariser Industrie, in der selbst noch 1871, zur Zeit der Kommune, die Maschine noch keine Rolle spielte.

Die wichtigste unter den damals gegründeten Produktivgenossenschaften war die der Schneider, die 2000 Mitglieder umfaßte, denen man das früher: Schuldfängnis von Cligny als Werkstätte einräumte, da die Revolution die Schuldhaft aufhob und damit das Fängnis leerte.

Die zweite Produktivgenossenschaft, die unter Louis Blancs Einfluß entstand, war die der Sattler. Beide Genossenschaften bekamen die Kundenschaft des Staates. Die Schneider erhielten den Auftrag, 100 000 Uniformen für die Nationalgarde herzustellen, den Sattlern wurde ein Auftrag auf Herstellung von Sätteln zugewiesen, den bis dahin die Militärrwerkstätten ausgeführt hatten.

Diesen beiden Genossenschaften schloß sich eine dritte an, die der Posamentierer (Mouers, wörtlich Spinner), die sich neben der der Schneider von Elisch bildete, mit dem Auftrag, für die von diesen gefertigten Uniformen die Epauletten herzustellen.

Als weitere Produktivgenossenschaften jener Zeit werden uns genannt: Feilenhauer, Köche, die Garfküchen für die Arbeiter einrichteten, Schuhleistschneider und Möbelschreiner. (Louis Blanc, Histoire de 1848, I, 10. Kapitel, „Associations coopératives, établies par le Luxembourg“.)

In allen diesen Gewerben hatte die Maschine das Handwerk noch nicht überwunden. Und in jedem dieser Betriebe arbeiteten nur Arbeiter des gleichen Berufs. Die Organisation des Produktionsprozesses war sehr einfach, erheischte keine anderen Kenntnisse als die persönlichen Erfahrungen, die jeder Arbeiter nach einiger Zeit im Gewerbe machte und die jeden intelligenten, gewandten Kopf der Arbeiterschaft befähigten, den Betrieb einzurichten und zu leiten.

Nur für Produktionszweige dieser Art hat sich die Produktivgenossenschaft bisher erprobt. Und auch da nicht immer. Mehrere unter ihnen, wie Schneiderei, Möbelschreinerei, Sattlerei, Posamentiererei, Restaurants bedürfen noch sehr der Initiative der Leitung dort, wo sie dem persönlichen Geschmack des einzelnen Konsumenten und dem Wechsel der Moden Rechnung zu tragen haben. Das ist natürlich dort nicht der Fall, wo sie für einen bestimmten Bedarf einer sich gleichbleibenden Organisation arbeiten, wie das zum Beispiel bei Militärlieferungen der Fall ist.

Wo die Produktivgenossenschaften nur einfache Handwerksverhältnisse vorfinden und nicht für einzelne Individuen, sondern für feste Organisationen mit bestimmten Bedürfnissen, Großeinkaufsgesellschaften, Gemeinden, den Staat, zu

produzieren haben, könnten sie noch eine gewisse Bedeutung für die Sozialisierung der Produktion gewinnen.

Doch dürfte sich für die meisten Betriebszweige, für die bisher die Produktivgenossenschaft in Betracht kam, als vorteilhafter die Organisation und Leitung des Betriebs durch die Gewerkschaft erweisen, der sogenannte *Gildensozialismus*.

d) Der Gildensozialismus.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als die Idee der Befreiung des Proletariats durch die Produktivgenossenschaft auf ihrem Höhepunkt stand, waren die Gewerkschaften auf dem Festland Europas noch so gut wie unbekannt. Auch in England waren sie noch wenig entwickelt, noch schwach und zersplittert, aber immerhin schon eine Macht.

Dort tauchte der Gedanke auf, die Produktivgenossenschaft in der Weise erfolgreicher zu gestalten, daß man sie in Verbindung brachte mit der Gewerkschaft. In den „Staatswirtschaftlichen Abhandlungen“, herausgegeben von Dr. Seyffert (ein Pseudonym für Höchberg), Stuttgart 1882, veröffentlichte ich ebenfalls unter einem Pseudonym (wir lebten damals unter dem Sozialistengesetz!) als Karl Rämpfer einen Artikel über „Gewerkschaftliche Produktivassoziationen“.

Ich wies dort auf die Unzulänglichkeiten der Produktivgenossenschaften hin und führte dann aus:

„Diesem Uebelstand soll gesteuert werden dadurch, daß man die Assoziationen zum Eigentum der Gewerkschaften macht, so daß ihre Profite der Gesamtheit der organisierten Arbeiter zukommen. Die Gewerkschaft wird natürlich den in ihrer Assoziation beschäftigten Arbeitern keine besseren Bedingungen zugestehen, als sie den bei der Privatindustrie beschäftigten Kollegen zugestanden werden. Die Genossenschaftsarbeiter haben also dieselben Interessen mit den übrigen. Vergrößert sich das Geschäft, so werden einfach mehr Arbeiter eingestellt, es vermehrt sich die Zahl der vom Kapital unabhängigen Arbeiter. Jede Erweiterung des Geschäfts ist also ein Schritt weiter zur Befreiung der Arbeit, statt, wie heute, ein Schritt weiter zur Schaffung neuer Kapitalisten. Neben diesem friedlichen Zwecke sollen sie aber auch als Kampfmittel dienen. Sie sollen die Arbeitslosen aufnehmen und, namentlich bei Streiks, einen Rückhalt für die Feiernden bieten. Man hofft überdies, bei

gehöriger Ausdehnung der Assoziation eine solche PreSSION auf die Arbeitgeber ausüben zu können, daß jeder Streik überflüssig wird. Die Streikgelder könnte man dann zur Erweiterung der Assoziation benutzen.

Der Vorschlag einer gewerkschaftlichen Produktivgenossenschaft ist nicht neu. In England finden wir, daß bereits 1842 Mitglieder der 'The Journeymen Steam Engine and Machine Makers Friendly Society' bei der Delegiertenversammlung den Vorschlag machten, die Gelder der Gesellschaft zum Ankauf von Fabriken zu verwenden. 1845 wurde der Vorschlag wiederholt und ernstlich in Erwägung gezogen. 1847 wurden neuerliche Unterhandlungen gepflogen; allein unmittelbar nach der Delegiertenversammlung stellte sich ein so hauer Geschäftsgang ein, daß alle Gelder für die laufenden Ausgaben bereitgehalten werden mußten.

Die Ereignisse des Jahres 1848, welche die Kooperationsbewegung in Frankreich so mächtig förderten, wirkten auch nach England.

Die National Association of United Trades beantragte in ihrem Organ, der 'Labour League', es sollten 50 000 Pfund Sterling als 'Employment Fund' aufgebracht werden, mit deren Hilfe Unternehmungen gegründet werden sollten, die Mitglieder und Subskribenten aufnahmen, welche infolge von Konflikten mit den Arbeitgebern arbeitslos würden.

Am energischsten ging die Gewerkschaft der Amalgamated Society of Engineers vor. Schon im ersten Monat nach der Amalgamierung (1850) betrieten Mitglieder des Exekutivauschusses mit den Mitgliedern der Gesellschaft zur Förderung der Arbeitergenossenschaften' über die beste Anlage ihrer beträchtlichen Gelder. Die Folge war eine große Agitation unter den Maschinenbauern zugunsten des Genossenschaftsprinzips, sowohl in den offiziellen Publikationen wie im offiziellen Organ des Vereins, 'The Operative'. Dieser bezeichnet geradezu die Verbesserung der Lage der Arbeiter durch die Assoziation als sein Programm. Die Agitation fiel auf fruchtbaren Boden. War doch die Assoziationsidee damals so stark, daß der Zweigverein der Maschinenbauer zu Wuch sich eine Zeitung vom Hauptverein fernhielt, weil die Statuten desselben keine Vorzüge für die Verwirklichung genossenschaftlicher Grundsätze trafen." (S. 482, 483.)

Im Jahre 1852 gedachte man mit der genossenschaftlichen Praxis der Gewerkschaft Ernst zu machen. Der Ankauf einer Gießerei war schon 1851 betrieben worden; als es 1852 zu einer großen Aussperrung kam, wollte man den Ankauf beschleunigen, um arbeitslose Mitglieder unterzubringen. An-

dere suchte man in schnelligst gegründeten Produktivgenossenschaften zu beschäftigen. Aber die Aussperrung endete mit einer Niederlage der Arbeiter und verschlang trotz reichlicher Unterstützung durch andere Gewerkschaften das ganze Gewerkschaftsvermögen. Damit waren zunächst alle Versuche zur Gründung oder Erwerbung von Produktionsstätten lahmgelegt. Als die Gewerkschaft wieder erstarke, hatte der Gedanke der Produktivgenossenschaft in der ganzen Arbeiterklasse seinen Zauber verloren. Und der 'wirktschaftliche' Aufschwung, der nun einsetzte, brachte der gewerkschaftlichen Tätigkeit solche Erfolge, daß man an eine Umgestaltung der herrschenden Produktionsweise nicht mehr dachte.

Dieser glänzende Zustand des Gewerkschaftswesens hörte Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts auf. In dem hier zitierten Artikel von 1882 konnte ich konstatieren:

„Jetzt ist diese glückliche Periode für England vorüber. Die überproduktion ist eine allgemeine geworden und macht sich auch im Mutterland der kapitalistischen Produktionsweise geltend. Das Übergewicht der englischen Industrie verschwindet immer mehr und damit die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die Gewerkschaften treiben dem Bankrott entgegen, die Arbeiterklasse erkennt immer mehr die Notwendigkeit eingreifender sozialer Reformen. Kein Wunder, daß man wieder auf die alten Vorschläge, Produktivgenossenschaften zu gründen, zurückkommt.

Herr George Howell, ein bei den englischen Gewerkschaften hochangesehener Mann, Sekretär des Trades Union Parliamentary Committee, tritt für diese Idee ein. In 'The Conflict of Capital and Labour' (1878, S. 474) sagt er: 'Solange die Gewerkschaften nicht einen Teil ihres Reichtums zur Fabrikation von Artikeln verwenden, die in ihr Gewerbe einschlagen, wird der Arbeiter von der Sand in den Mund leben.... So wie die Trade Unions heute organisiert sind und verwaltet werden, gehen sie Jahr zu Jahr von ihrem Kapital, anstatt es den Kapitalisten nachzumachen und von ihren Profiten reich zu werden.' (S. 488.)

Auch von anderen angesehenen englischen Sozialpolitikern wurde die Idee verfochten. Ihrer Kritik galt der hier zitierte Artikel. Ich wies darauf hin, daß die Mittel der Gewerkschaften zu beschränkt seien, um gegen die Akkumulation des Kapitals aufzukommen. Daß überdies die Gewerkschaften Gelder stets flüssig zur Hand haben müßten, um für ihre Kämpfe

gerüstet zu sein, und daß die gewerkschaftlichen Unternehmungen gegen die Arbeitslosigkeit nichts ausrichten könnten, da sie ebenfalls der Konjunktur unterlägen. Sie hätten die widerspruchsvolle Aufgabe, in Zeiten guten Geschäfts wenig Arbeiter, bei Geschäftstillen viele Arbeiter zu beschäftigen.

Nur wenn der Staat eingriffe und den Gewerkschaften die nötigen Mittel zur Verfügung stellte, könnten die gewerkschaftlichen Produktivgenossenschaften Bedeutung gewinnen.

Davon wollten die englischen Gewerkschafter damals nichts wissen. Sie sahen im Staate nur seine Bürokratie, mit der sie möglichst wenig zu tun haben wollten. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich das geändert. Die Gewerkschaften sind enorm erstarkt, gleichzeitig aber zur Erkenntnis gekommen, daß die rein gewerkschaftlichen Methoden nicht ausreichen, wenn sie nicht durch politische verstärkt werden, durch die Gewinnung und Benutzung der Demokratie zu proletarischen Zwecken. Die Gewerkschaften sind zusammengetreten zur Labour Party, zur Arbeiterpartei, und der Gedanke, die Staatsgewalt zu erobern, um sie zu einem Werkzeug der ökonomischen Befreiung des Proletariats zu gestalten, macht rasche Fortschritte in England.

Unter diesen Umständen ist auch der Gedanke der gewerkschaftlichen Produktivgenossenschaften wieder erstanden, aber jetzt nicht mehr in unzulänglicher liberaler, sondern in rationaler sozialistischer Form. Die Gewerkschaften sollen nicht aus ihren Kampffonds Produktivgenossenschaften gründen, sondern aus Staatsmitteln. Und jede einzelne Gründung soll dem großen, gemeinsamen Ziel einer neuen Produktionsweise dienen. Jede Gewerkschaft soll schließlich den ganzen Industriezweig betreiben, dessen Arbeiter sie umfaßt, und alle Gewerkschaften sollen zusammen einen großen gesellschaftlichen Produktionsapparat bilden. Die Produktionsmittel sollen in die Hände des Staates übergehen, die Produktion selbst in die Hände der Gewerkschaften.

Dies die Grundidee des schon mehrfach erwähnten Gilbensozialismus. Sie stammt aus dem Lande, wo die Gewerkschaften mehr als anderswo das ganze Leben der Arbeitererschaft erfährt haben. Die Idee des Gilbensozialismus begann dort schon in den letzten Jahren vor dem Kriege aufzutauden.

Sie hat seitdem eine umfangreiche Literatur hervorgebracht und auch schon Versuche praktischer Durchführung gezeitigt. In England haben sich in den letzten Jahren Baugilden gebildet, die mit verschiedenen Stadtgemeinden Verträge zur Erbauung einer größeren Zahl von Häusern abgeschlossen und bisher zufriedenstellend gearbeitet haben. Nach ihrem Muster wurden auch in Deutschland und Österreich bereits Baugilden oder Bauhütten organisiert.

Am 16. September 1920 wurde in Deutschland der „Verband sozialer Baubetriebe“ gegründet, an dem folgende Gewerkschaften beteiligt sind: die Verbände der deutschen Bauarbeiter, der Fabrikarbeiter, der Maler und Lackierer, der Holzarbeiter, Metallarbeiter, technischen Angestellten, Maschinisten und Heizer, Töpfer, Zimmerer, Steinarbeiter, Steinscher, Dachdecker, Asphaltreue, Glaser und schließlich Sattler und Tapezierer. Ein Industrieverband würde natürlich den „sozialen Baubetrieb“ einheitlicher gestalten können als diese bunte Musterkarte von Berufsverbänden. Neben den genannten Gewerkschaften haben sich auch der sächsische Staat sowie eine Reihe deutscher Städte und Siedlungsgenossenschaften mit Kapital an den sozialen Baubetrieben beteiligt. Die Gewerkschaften steuerten an Stammkapital 6 Millionen Mark und ungefähr ebensoviel die öffentlichen Organe bei.

Über „Stand und Leistung der sozialen Baubetriebe“ in Deutschland berichtet eine Denkschrift ihres Verbandes an den Reichstag, die Vertretungen der Länder und der Gemeinden vom Beginn des Jahres 1922. Es heißt dort:

„Zurzeit sind in den Bauhüttenbetriebsverbänden und durch den Verband sozialer Baubetriebe rund 200 Betriebe (Bauhütten und Genossenschaften) zu einer planmäßigen wirtschaftlichen Tätigkeit zusammengeschloß. Diese Betriebe beschäftigen heute rund 20 000 baugewerbliche Arbeiter. In dem Geschäftsjahr haben diese Betriebe einen Umsatz von 350 Millionen Mark gehabt. Diese Auftragsbestände haben sie in freier Konkurrenz mit den privaten Baubetrieben auf Grund preiswürdiger Angebote erhalten. Die sozialen Baubetriebe haben die privaten Betriebe bei den empfindlichen Aufträgen um rund 40 Millionen unterbieten.“

Ein Anfang ist also gemacht. Wie rasch sich die Organisationsform ausbreitet, wird natürlich in erster Linie davon ab-

hängen, daß sie von vornherein versteht, Gutes zu leisten. Nicht weniger aber auch von den Bauaufträgen sozialistischer Regierungen und Gemeinden, eventuell noch proletarischer Organisationen wie Konsumvereine und dergleichen. Auf andere Aufträge werden die sozialen Baubetriebe zunächst nicht viel rechnen dürfen.

Man darf jedoch wohl erwarten, daß diese Organisationsform eine große Zukunft hat und beim Aufbau sozialistischer Produktion eine beachtenswerte Rolle spielen wird.

Aber der Gilde sozialismus geht zu weit, wenn er die Gildenorganisation zur einzigen Form sozialistischer Produktion gestalten will. Aber seine primitive Staatsauffassung und unzulängliche Ökonomie könnte man noch hinweggehen als bloße Doktorfragen, obwohl auch sie praktische Nachteile nach sich ziehen können. Aber direkt bedenklich auch für den Praktiker muß die enge Schablone wirken, in die der Gilde sozialismus das gesamte wirtschaftliche Getriebe der sozialistischen Gesellschaft einengen will. Seine Grundidee ist vortrefflich und fruchtbar, aber sie darf nicht voreilig generalisiert werden.

Es ist sicher kein Zufall, daß bisher die Idee der Gilde zu praktischer Anwendung nur im Baurewesen kam. Die Andeutungen über ihre Anwendung in anderen Produktionszweigen sind noch unbestimmt, wenigstens soweit sie mir zu Gesicht kamen.

Nun gilt vom Baugewerbe daselbe, was von den Gewerben galt, in denen 1848 Produktionsgenossenschaften zustande kamen: es steht noch im Stadium des Handwerks. Die Maschine spielt noch keine Rolle bei ihm.

Weist uns schon der Name des Gilde sozialismus in die mittelalterliche Kunstzeit zurück, so auch der der „Bauhütten“.

Während in den anderen Handwerken des Mittelalters jeder Meister mit einem oder ein paar oder auch ohne Gefellen für sich in seiner Werkstatt arbeitete, war es anders bei den „freien Maurern“, die sich seit dem zwölften Jahrhundert in „Bruderschaften“, das ist ungefähr daselbe wie Gewerkschaften, organisierten. Wo es einen großen Bau gab, und das war damals zumeist ein kirchliches Gebäude, wurde er im Auftrag einer kirchlichen Organisation oder einer Stadt oder eines hohen Herrn von der Bruderschaft übernommen, die ihre Tätig-

keit in einer neben dem Bau errichteten Bauhütte konzentrierte. Es wurde damals an Kirchen langsam und stetig jahrhundertlang gebaut, der Auftrag für die Bauhütte war daher ein ständiger. Die Organisation überlebte ihre Mitglieder. Noch war in ihr der Künstler nicht vom einfachen Werkmann getrennt. Alle Mitglieder nahmen teil an den reichen Erfahrungen und dem hohen Wissen, das sich allmählich in der Organisation ansammelte und von ihr als eine Geheimwissenschaft ängstlich gehütet wurde. Neue Mitglieder wurden daher erst nach vielen Vorsichtsmaßregeln und Proben aufgenommen.

Der nach der Reformation aufkommende Absolutismus hat dann alle selbstständigen Organisationen unterdrückt, auch der Freiheit der Gesellenverbände ein Ende gemacht. Erst recht mußten ihm die Organisationen der freien Maurer verhasst sein, die vor der Obrigkeit Geheimnisse hatten. Nur als Geheimverbände konnten sie sich weiter erhalten.

Gleichzeitig schwand die materielle Grundlage der Bauhütten, der Bau der gotischen Dome. In der neuen Baukunst trennten sich die Werkleute von den Baumeistern und Künstlern, deren Wissen und Können nun an hohen Schulen gelehrt wurde, die öffentlich waren, aber den einfachen Arbeitern, denen Mittel und Vorbildung mangelten, nicht zugänglich. Da wurden die Bruderschaften mit ihrer Geheimwissenschaft für den Baubetrieb überflüssig.

Ob die philanthropischen Geheimbünde der Freimaurer, die seit dem Beginn des achtzehnten Jahrhunderts auftauchten, in den absterbenden Bruderschaften der freien Maurer bloß ein Vorbild sahen oder ob sie direkt aus ihnen herauswuchsen, da diese Geheimbünde nun jede praktische Bedeutung für den Betrieb ihres Handwerks verloren, so daß sie auch Nichthandwerker als Mitglieder aufnehmen konnten, das haben wir hier nicht zu erörtern.

Trotz aller Wandlungen ist jedoch die Bauindustrie ein Industriezweig eigener Art geblieben, der auch heute, ebensogut wie im Mittelalter, zu einer eigenartigen Organisation neigt, so daß die Bauhütten des Gilde sozialismus des zwanzigsten Jahrhunderts aus ähnlichen Bedingungen entspringen wie die Bauhütten der Bruderschaften der Maurer und Steinmetzen vom zwölften bis zum sechzehnten Jahrhundert.

Nicht nur, daß heute wie ehemals die Maschine im Baubetrieb noch keine Rolle spielt. Auch das fixe Kapital überhaupt ist noch wenig entwickelt. Es umfaßt nicht viel mehr als Gerüste und Leitern. Grund und Boden, auf dem gebaut wird, gehört dem Auftraggeber. Nichts hindert, daß dieser auch die Baumaterialien liefert oder doch selbst bezahlt; dann hätte die Gilde, wie beim Lohnhandwerk, nur die Bauarbeit zu liefern.

Man wird zugeben, daß derartige Verhältnisse in der Industrie keineswegs die Regel sind. Sie unterscheiden sich von deren anderen Formen wie der Stör, der keine eigene Werkstatt hat, sondern in der Wohnung des Auftraggebers dessen Rohmaterial verarbeitet, von den anderen Handwerkern.

Damit sei nicht gesagt, daß das Gildensystem bloß auf das Bauwesen Anwendung finden könnte. Es wird wohl noch für eine ganze Reihe anderer Betriebszweige die zweckmäßigste Form sozialistischer Organisation bilden. Nur davor muß man sich hüten, es umfassen für jede Art des Sozialismus verwenden zu wollen.

Im Bauwesen aber kann es wahrhaft revolutionierend wirken. Vergessen wir nicht, daß eine der nächsten und wichtigsten Sorgen eines proletarischen Regimes die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse sein muß. Es wird sich damit den Dank und die Zuneigung von vielleicht drei Vierteln der Bevölkerung in Stadt und Land erwerben. Die Gemeinden werden die berufenen Träger dieser großen sozialen Reform werden und die sozialen Baubetriebe ihre kraftvollen Organe, die ihrerseits wieder in den sozialistischen Gemeinden ihre beste Stütze finden werden.

e) Die gemeinwirtschaftliche Organisation.

Der Baubetrieb ist in der Regel umfangreicher und mannigfaltiger als ein gewöhnlicher Handwerksbetrieb in der Werkstatt. Er umfaßt nicht eines, sondern verschiedene Handwerke, Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Töpfer usw. Doch arbeitet dabei jedes dieser Handwerke auf der Baustelle für sich. Sie arbeiten nebeneinander oder nacheinander, nicht aber miteinander.

Ganz anders die Großbetriebe der modernen Industrie. Jeder von ihnen umfaßt Mitglieder der verschiedensten Be-

rufe, die miteinander und füreinander arbeiten, so daß jeder Arbeiter von der Arbeit zahlreicher anderer abhängig ist. Es erheischt außerordentliche organisatorische Fähigkeit und umfassende Sachkenntnis der Leitung, soll jedem einzelnen sein Platz und seine Leistung in einer Weise zugewiesen werden, daß nirgends Reibungen und Hemmungen entstehen und jede Arbeitskraft voll ausgenutzt wird. Und zu diesen zahlreichen lebenden Arbeitskräften mannigfachster Art, die oft in die Tausende gehen, gesellen sich oft zahlreiche, höchst verschiedenartige Rohstoffe und Hilfsstoffe aus aller Herren Ländern, die einen weitverzweigten kommerziellen Apparat erforderlich machen. Und nicht minder bedarf der Absatz der Produkte eines solchen.

Damit steigen die Ansprüche an das Wissen und die Fähigkeiten der leitenden Persönlichkeiten außerordentlich. Dies Wissen kann nur auf hohen Schulen erworben werden, die dem gewöhnlichen Arbeiter bis jetzt unzugänglich sind.

Wurde so die Leitung über das Maß eines erfahrenen, intelligenten Arbeiters emporgehoben, so hat die ökonomische Entwicklung in vielen modernen Betrieben auf der anderen Seite die Ansprüche an das Wissen der Masse der Arbeiter vielfach sehr herabgedrückt. An Stelle des geschickten, mit allen Seiten seines Berufs wohlvertrauten Handwerkers setzte sie einen Handlanger, der zu wenigen, sich immer in gleicher Weise erneuernden Handgriffen angeleitet ist und außer ihnen für den Produktionsprozeß, in dem er tätig ist, nichts weiß.

Besitzen im Handwerk und auch noch im Bauwesen die Mehrzahl der Arbeiter genügend Einsicht in den Produktionsprozeß und ist dieser bei ihnen noch einfach genug, um die Arbeiterschaft instand zu setzen, allein herauszufinden, wer unter ihnen am besten zur Leitung eines Betriebs befähigt ist, so wird das um so schwieriger, je höher kapitalistisch entwickelt ein Betriebszweig ist. Zugleich aber werden die Folgen eines Mißgriffs um so verhängnisvoller, weil Intenfität und Umfang der ökonomischen Wirkungen mit der Söhrentwicklung der Betriebe steigen.

Noch wichtiger in diesem Zusammenhang ist aber folgende Erwägung. Der Gildensozialismus trennt, wie wir schon be-

merkt haben, ganz mechanisch Produktion und Konjunktion. Für ihn ist die Produktion in jedem Industriezweig etwas, was nur seine Arbeiter angeht. So sagt Cole:

„Es liegt ganz klar zutage, daß die Leitung der Produktion und die Verantwortung für sie den Gilden ganz allein überlassen bleiben muß und daß weder der Staat noch eine andere außenstehende Instanz bei der Ernennung der Funktionäre und Verwaltungsbeamten der Gilden mitzusprechen haben werden.“ (Selbstverwaltung in der Industrie, S. 112.)

Und später:

„Die Leitung der Produktion, meint der Gildenmann, sei Aufgabe der Produzenten und nicht der Konsumenten. Nur wenn wir dem Erzeuger die Macht über sein eigenes Erzeugnis geben, leisten wir dem Grundsatz der echten Demokratie Genüge, denn Selbstverwaltung ist auf industrielle Betätigung ebenso gut anwendbar wie auf politische.“ (S. 145.)

Nach dieser sonderbaren Auffassung besteht die „echte“ Demokratie darin, daß die Gesamtheit sich nicht darum kümmern darf, was jedes ihrer Organe unternimmt. Der Staat ist gut dazu, die einzelnen Gewerkschaften zu Herren der Produktionsmittel ihres Industriezweigs zu machen. Was sie mit diesem Gemeineigentum anfangen, das geht außer ihnen niemanden etwas an.

Im Produktionsprozeß sollen sie völlig selbständig sein. Erst wenn sie mit dem fertigen Produkt auf den Markt kommen, sollen die Konsumenten das Recht haben, etwas in die Preisbestimmung dreinzureden. Dazu sind sie zu organisieren:

„Die Gildensozialisten meinen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen können nur dann ganz erfasst werden, wenn Produzenten und Konsumenten in gleicher Weise organisiert sind und gleichberechtigt miteinander verhandeln.“ (A. a. D., S. 128.)

Wie aber, wenn die Verhandlungen zu nichts führen, wenn eine Gilde sich auf den Machtkampfpunkt stellt? Wird es dann nicht zu Machtkämpfen zwischen manchen Gilden und manchen Konsumentenorganisationen kommen?

Daß das nicht angeht, schwant Cole selbst:

„Die Nation ist untereinander so abhängig, Produktion und Konjunktion so unauf löslich verflochten, daß eine so abstrakte Funktionsleistung (zwischen Produzenten und Konsumenten) nicht zur theoretischen Grundlage der modernen Gemeinschaft gemacht werden kann. Ich gebe zu, daß das Problem nicht in diesem Zustand belassen werden kann....“

Bei einem Streitfall zwischen einer einzelnen Gilde und dem Parlament müßte die Entscheidung einem Organ übertragen werden, das sowohl die organisierten Produzenten wie die organisierten Konsumenten vertritt. Die höchste Souveränität auf industriellem Gebiet müßte einer aus Parlament und Gildenverband gemeinschaftlich zusammengesetzten Körperschaft verbleiben. Andernfalls würden die Entscheidungen in ungerechter Weise zugunsten der einen oder der anderen Gruppe ausfallen.“ (S. 129, 130.)

Es ist natürlich ganz irrig, daß sich in einem Verband verschiedener Gilden bloß Produzenteninteressen geltend machen werden. Es wird kaum eine Gilde geben, die nicht anderen gegenüber als Konsument dasteht. Der Kohlengraber Gilde gegenüber haben fast alle anderen Produzenten Konsumenteninteressen. Andererseits ist in einer sozialistischen Gesellschaft jeder arbeitsfähige Mensch nicht bloß Konsument, sondern auch Produzent, und niemand läßt sich so entzweischen, daß er im Gildenverband anders denkt als im Parlament, das von den gleichen Leuten gewählt ist.

Da beide Körperschaften nach verschiedenem Wahlmodus gewählt werden, mögen wohl zeitweise Differenzen zwischen ihnen austreten, aber diese dürften in den seltensten Fällen einfach zusammenfallen mit der Scheidelinie zwischen den Interessen der Konsumenten und denen der Produzenten.

Aber nehmen wir an, daß der Gildenverband ein allen Produktionszweigen gemeinsames Interesse vertrate, das in einer sozialistischen Gesellschaft gar nicht vorhanden ist. Und nehmen wir weiter an, die Unterschiede der Parteien in den Parlamenten würden nicht durch andere Motive bestimmt als durch ein angeblich allen Parlamentariern gemeinsames Konsumenteninteresse. Was käme aus einer Körperschaft heraus, die „aus Parlament und Gildenverband gemeinschaftlich zusammengesetzt“ sein soll? Ihre Zusammensetzung müßte doch derart geregelt sein, daß weder der Gildenverband noch das Parlament den Gegenpart majorisieren könnte. Wenn

aber beide Teile sich nicht mehr verständigen können, wie soll dann die über ihnen stehende Körperschaft zu einem Resultat kommen? Sie bedürfte, wie alle Schiedsgerichte, dazu eines unbefangenen, unparteiischen Dritten, der in diesem Falle weder Arbeiter noch Konsument sein dürfte.

Es ist wohl begreiflich, daß Cole die Beschaffung dieses überirdischen Wesens von sich weiter schiebt an eine noch zu schaffende neue Theorie, deren Aufgabe sich mit der der Quadratur des Kreises messen kann.

Aber selbst wenn trotz alledem die Schaffung des neuen überhöheren gelangte, der über dem souveränen Gildeverband und dem nicht minder souveränen Parlament stände, so wäre noch nicht viel dabei gewonnen. Man denke nur, wie umständlich es wäre, wenn Gilde und Parlament wegen jedes Streitpunktes jedesmal den höchsten Richter anrufen müßten! Wie voll von Reibungen, unsicher und schleppend würde sich das ganze Produktionsleben abspielen. Jede Gilde hätte volle Freiheit, die Produktion nach ihrem Gutdünken einzurichten, vielleicht zum größten Schaden der Konsumenten. Erst wenn der Schaden geschehen, dürften diese einschreiten, um feststellen zu lassen, daß sie wirklich geschädigt wurden. Denn nicht jeder Schaden läßt sich hinterdrein wieder gutmachen.

Es wäre doch viel zweckmäßiger und wirksamer, wenn Konsumenten und Produzenten nicht erst beim höchsten Gerichtshof, stets streitend, zusammenkämen, sondern wenn Einrichtungen geschaffen würden, durch die schon bei Beginn der Produktion, bei ihrer Organisation und der Bestimmung ihrer Leitung, Konsumenten und Produzenten in jedem Produktionszweig zusammengebracht würden, um vereint darüber Bestimmungen zu treffen. Dabei kämen nicht zwei, sondern drei Faktoren in Betracht: einmal die Produzenten, dann jene Konsumenten, die direkt an dem Produkt interessiert sind, zum Beispiel bei landwirtschaftlichen Maschinen die Landwirte, und schließlich das Gemeinwesen, das ebenso die Gemeinschaft der Produzenten wie der Konsumenten bedeutet, also zunächst der Staat, der sich zu stützen hat auf die wissenschaftliche Erkenntnis der Gesellschaft.

Dieser von der Wissenschaft geleitete Staat steht in einem proletarischen Regime als Unparteiischer und oberster Rich-

ter über den Sonderinteressen einzelner Produzenten wie einzelner produktiver Konsumenten, die nichts anderes sind als andere Produzenten. Auf diese Weise wird ein harmonisches, planmäßiges Produzieren zur Bedarfsdeckung der Gesellschaft ermöglicht.

Bei handwerksmäßiger Produktion, bei der Herstellung von Produkten, deren Verzögerung keine Lebensgefahr für Beteiligten herbeiführt, kann die Produktivgenossenschaft oder das Gildensystem zweckmäßig sein. Je technisch höher entwickelt ein Produktionszweig oder je mehr seine ununterbrochene intensive Fortführung eine Lebensnotwendigkeit bedeutet, um so mehr wird eine Organisationsform am Platze sein, in der alle Interessenten, nicht bloß die Arbeiter, bei den Bestimmungen über Organisation und Leitung ein Wortlein mitzureden haben. Diese Form hat den Namen der Gemeinwirtschaft erhalten.* Stammt der Gildensozialismus aus England, so die Idee des gemeinwirtschaftlichen Betriebs aus Deutschland, wozu ja geistig auch Österreich gehört. Auch die wichtigsten Träger der Idee im Deutschen Reich stammen aus Österreich, so daß man sie als ein Produkt des Austro-marxismus bezeichnen kann.

Ihren besten Ausdruck hat sie wohl in dem Schriftchen Otto Bauers „Der Weg zum Sozialismus“ (1919) gefunden. In seinen Spuren wandelt W. Ellenbogen, der in einer Broschüre „Sozialisierung in Österreich“ nicht nur einen Abriss der Sozialisierungstheorien gibt, sondern auch eine Darstellung der praktischen Versuche, die auf diesem Gebiet in Österreich gemacht wurden. Denn ebensowenig wie der Gildensozialismus hat sich der Sozialismus der Gemeinwirtschaft auf die bloße Theorie beschränkt. In Österreich wie in Deutschland sind mit Erfolg gemeinwirtschaftliche Unternehmungen organisiert worden, zumeist staatliche Betriebe, die in der Kriegszeit Material für die Kriegsführung herstellten und jetzt auf friedlichere Produktionszweige umgestellt wurden.

* Der Name wird mitunter auch in einem weiteren Sinne gebraucht, für eine jede Produktion, die staatlichen Eingriffen unterworfen ist, auch wenn sie kapitalistisch betrieben wird. Wir gebrauchen hier das Wort nur zur Bezeichnung einer besonderen Form sozialistischer Wirtschaft.

In Deutschland hat die Idee der Gemeinwirtschaft Ausdruck in den Vorschlägen der sozialistischen Mitglieder der ersten und zweiten Sozialisierungskommission gefunden, an denen Hilferding und Professor Federer in hervorragendem Maße beteiligt waren. Hilferding hat über die Idee der Sozialisierung auch ein Referat vor dem ersten Kongreß der Arbeiterräte Deutschlands im Dezember 1918 gehalten. Ein weiteres Referat wurde von mir vor dem zweiten Kongreß 1919 erstattet, das als Broschüre in Wien unter dem Titel „Die Sozialisierung und die Arbeiterräte“, in Berlin unter dem Titel „Was ist Sozialisierung?“ erschienen ist.

Es heißt dort:

„Es geht aber auch nicht so einfach, daß die Staatsgewalt ohne weiteres alles kapitalistische Eigentum an sich zieht, um es von der Regierungsbureaucratie verwalten zu lassen. Es muß vielmehr aus jedem Produktionszweig, der aus kapitalistischem Eigentum in staatliches oder kommunales übergeht, auch eine neue Organisation geschaffen werden, die den Arbeitern wie den Konsumenten und der Wissenschaft den nötigen Einfluß auf die Gestaltung des Produktionsprozesses ermöglicht. Eine solche Organisation ist etwas ganz anderes als die bisherige Regierungsbureaucratie. In Einzelheiten wird die neue Organisation für die verschiedenen Produktionszweige verschieden sein müssen. Sie muß elastisch und anpassungsfähig gemacht werden.

Immerhin wird es nicht möglich sein, sofort alle Produktionszweige der neuen Organisation einzuverleiben. Manche werden noch einige vorbereitende Stadien durchlaufen müssen. Wo es aber zur Sozialisierung kommt, wird es, trotz aller Verschiedenheiten in Details, überall notwendig werden, daß die Produktion gelenkt wird durch das Zusammenwirken der drei großen Faktoren: der Arbeiter, der Konsumenten, der Wissenschaft.

Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren muß die glücklichsten Wirkungen erzeugen. Überlasse man jeden Erwerbszweig allein seinen Arbeitern, so liegt die Gefahr nahe, daß diese die Löhne erhöhen und die Arbeitszeiten verlängern, die Menge der Produktion verringern und ihren Preis erhöhen, ohne sich um die Gesamtheit zu kümmern. Am ehesten dürfen sich das die unentbehrlichen Arbeiter erlauben. Bei den entbehrlichen fände das Hinausschrauben der Preise ihrer Produkte bald ein Ende. Der ganze Prozeß ließe auf eine Gewalt Herrschaft der ganz unentbehrlichen Arbeiter über die eher, wenigstens vorübergehend, entbehrlichen hinaus, etwa der

Kohlengräber über die Textilarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Schreiner usw., ein Zustand, der ebenso unerträglich wäre wie die kapitalistische Ausbeutung.

Würden dagegen die Konsumenten allein über jeden Industriezweig entscheiden, dann liegt wieder die Gefahr nahe, daß die Senkung der Preise mit allen Mitteln, auch auf Kosten der Arbeiterchaft, angestrebt wird.

Sind Arbeiter und Konsumenten in einer Organisation in einer Weise vereinigt, daß kein Teil den anderen verzwaltigen kann, dann müssen sie tradten, ihren Gegensatz in einer Form zu überwinden, bei der beide Teile gewinnen.

Diese Art der Überwindung zu finden, das wird Aufgabe der Männer der Wissenschaft, die als dritter Faktor zur Organisation der Wirtschaft heranzuziehen sind. Sie haben dahin zu wirken, daß die vollkommenste Technik und Organisation in jedem Betrieb durchgeführt wird, so daß man imstande ist, mit dem kleinsten Kraftaufwand das größtmögliche Resultat zu erzielen.

Dies Bestreben fand unter dem Kapitalismus seine Triebkraft im Profit. Im Sozialismus hört der Profit auf, aber seine Triebkraft wird durch eine zum mindesten gleich starke ersetzt, wenn der Gegensatz zwischen Konsumenten und Arbeitern organisatorisch geregelt wird und die Möglichkeit bekommt, durch das Eingreifen der Wissenschaft überwunden zu werden.

Die Wissenschaft kann aber in der sozialisierten Produktion noch manches leisten, was sie unter dem Kapitalismus nicht kann. Sie wird die Aufgabe haben, nicht nur die Produktion, sondern auch die Konsumtion zweckmäßig zu gestalten. Das kann sie heute nicht, das vermag sie aber, sobald in den Produktionsprozeß nicht bloß Organisationen der Arbeiter, sondern auch der Konsumenten eingreifen. Wenn auf der einen Seite die Techniker dafür sorgen, daß mit gleichem Aufwand mehr produziert wird, so können andererseits Nationalökonomien und Statistiker dem Mißbrauch seine Bahnen weisen und bewirken, daß möglichst wenig Produkt unnütz oder gar schädlich vergeudet, daß mit dem gleichen Produkt für die Befriedigung der Konsumenten mehr geleistet wird wie bisher.

Die Verschwendung von Material und Kraft durch Planlosigkeit der Produktion und Sinnlosigkeit oder Ickermut Befriedigung ist eine der dunkelsten Schattenseiten des Kapitalismus. Sie paralyisiert in hohem Maße seine großartigen Wirkungen auf die Entwicklung der Produktivkräfte. Der Sozialismus vermag diese letztere Entwicklung ebenso kräftig, wenn nicht noch kräftiger vorwärts zu treiben, aber gleichzeitig der kapitalistischen Verschwendung ein Ende zu machen. So erreicht er, daß die Menschen als

Arbeiter wie als Konsumenten auf die höchste Stufe des Wohlstands gelangen."

Die Organisation im einzelnen kann mannigfaltige Formen annehmen. Sie wird für verschiedene Produktionszweige, verschiedene Länder, verschiedene Phasen ihrer Entwicklung verschieden sein müssen.

Als Beispiel zitiere ich hier den Vorschlag, den Otto Bauer in seinem „Weg zum Sozialismus“ macht. Er sagt dort (S. 9):

„Wer soll nun die vergesellschaftete Industrie verwalten? Die Regierung? Durchaus nicht! Wenn die Regierung alle möglichen Betriebe beherrscht, dann würde sie dem Volke und der Volksvertretung gegenüber allzu mächtig; solche Steigerung der Macht der Regierung wäre der Demokratie gefährlich. Und zugleich würde die Regierung die vergesellschaftete Industrie schlechter verwalten; niemand verwalten Industriebetriebe schlechter als der Staat. Deshalb haben wir Sozialdemokraten nie die Verstaatlichung, immer nur die Vergesellschaftung der Industrie gefordert. Aber wer denn soll die vergesellschaftete Industrie leiten, wenn es nicht die Regierung tun soll?

Heute wird der industrielle Großbetrieb von einem Verwaltungsrat beherrscht, der von den Aktionären gewählt wird. Auch in Zukunft wird jeder vergesellschaftete Industriezweig von einem Verwaltungsrat geleitet werden; aber dieser Verwaltungsrat wird nicht mehr von den Kapitalisten gewählt werden, sondern von den Vertretern derjenigen Gesellschaften, deren Bedürfnisse der sozialisierte Industriezweig fortan befriedigen soll. Wer hat nun an der Leitung des sozialisierten Industriezweigs ein Interesse? Erstens die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die in diesem Industriezweig arbeiten; zweitens die Konsumenten, die die Erzeugnisse dieses Industriezweigs brauchen; und drittens der Staat als Vertreter der Gesamtheit des Volkes. Daher wird man den Verwaltungsrat jedes vergesellschafteten Industriezweigs ungefähr in folgender Weise zusammensetzen: Ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats wird von den Gewerkschaften der Arbeiter und von den Organisationen der Angestellten, die in dem Industriezweig beschäftigt sind, bestimmt. Ein zweites Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats bilden die Vertreter der Konsumenten. Es werden also zum Beispiel in den Verwaltungsrat des Kohlenbergbaus Vertreter der Konsumenten teils von den Konsumvereinen als den Organisationen der Verbraucher von Hausbrandkohle, teils von den Industriellenorganisationen als den Organisationen der Verbraucher von Industriekohle gewählt werden. Das

dritte Drittel der Verwaltungsratsmitglieder endlich bilden die Vertreter des Staates. Sie werden zum Teil vom Staatssekretär für Finanzen ernannt, damit die Interessen des Staatsschatzes vertreten seien, zum anderen Teil aber von der Nationalversammlung gewählt, damit auch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen ihre Vertretung finden. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten auf der einen, die der Konsumenten auf der anderen Seite haben entgegengesetzte Interessen wahrzunehmen; denn jene werden hohe Löhne, diese niedrige Preise wünschen. Die Vertreter des Staates werden als Vermittler und Schlichter zwischen den beiden Parteien stehen.

Dem auf diese Weise zusammengesetzten Verwaltungsrat wird die oberste Leitung des Industriezweigs zustehen: die Ernennung der leitenden Beamten, die Festsetzung der Warenpreise, die Abschließung der kollektiven Arbeitsverträge mit den Gewerkschaften und den Angestelltenorganisationen, die Verfügung über den Meinertrag und die Entscheidung über größere Investitionen. Besonders Vorkehrungen werden notwendig sein, damit die Verwaltungsräte bei der Ernennung der leitenden Beamten nicht aus persönlicher Gunst oder politischen Beweggründen entscheiden, sondern die tüchtigsten Techniker, Ingenieure, Chemiker erwählen. Dafür wird am zweckmäßigsten in folgender Weise vorgesorgt werden können: Die Lehrkörper der technischen Hochschulen und die leitenden technischen Beamten der gesamten Industrie bilden ein Kollegium. Dieses Kollegium hat vor jeder Ernennung eines leitenden technischen Beamten in einem vergesellschafteten Industriezweig seine Vorschläge zu erstatten. Der Verwaltungsrat des Industriezweigs ernannt dann eine der vorgeschlagenen Personen."

Nur wenig unterscheidet sich davon der Vorschlag, den die Mehrheit der ersten deutschen Sozialisierungskommission für die Verwaltung des zu sozialisierenden Kohlenbergbaus in ihrem Bericht vom 15. Februar 1919 machte. Es heißt dort:

„Es wird empfohlen, die gesamte deutsche Kohlenwirtschaft einem Kohlenrat zu unterstellen, der aus 100 Mitgliedern besteht und etwa viermal im Jahre zusammentritt. Je 25 dieser Mitglieder werden von den Betriebsleitungen, der Arbeiterschaft und den Konsumenten gewählt, die letzten 25 vom Reiches bestimmt. Von den Vertretern des Reiches sollen 10 durch das Parlament und der Rest vom Reichsministerpräsidenten, und zwar durch ihn persönlich, nicht durch einen Ressortminister, ernannt werden. Dabei ist darauf zu achten, daß von den Vertretern des Reiches höchstens ein Drittel Beamte sind. Die übrigen sollen aus verschiedenen Kreisen

der Wissenschaft, des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens gewählt werden. Als Konsumenten sind die industriellen Abnehmer, die kommunalen Werke, Verbraucherorganisationen usw. zu betrachten." (Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Bergbaus, Berlin 1920, S. 39.)

Die Verhältniszahlen der Vertretungen der einzelnen an der Produktion interessierten Faktoren sind natürlich kein Nährmichthagen. In diesen Zahlen unterscheiden sich nicht nur der Vorschlag Bauer von dem der ersten Sozialisierungskommission, sondern auch der der Mehrheit der ersten von dem Vorschlag der Mehrheit der sozialistischen Mitglieder der zweiten Sozialisierungskommission. Danach sollten von den 100 Mitgliedern des Reichskohlenrats 15 (nicht wie im Vorschlag der ersten Kommission 25) von den Betriebsleitungen, 25 von den Arbeitern, 10 von den Angestellten gewählt werden. Dieser Vorschlag sieht also eine stärkere Vertretung der Arbeiter als der Betriebsleitungen vor.

Solche Details sind noch mannigfacher Variationen fähig. Andererseits muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Erfahrungen und theoretische Erwägungen noch manchen anderen Vorschlag der Sozialisierung zutage fördern werden. Wie immer sie gestaltet sein mögen, sie alle werden, wenn sie zu befriedigenden Ergebnissen führen sollen, darin übereinstimmen müssen, daß kein Betriebszweig, kein Betrieb den in ihm beschäftigten Arbeitern allein überlassen wird, sondern daß neben ihnen auch den an ihm interessierten Konsumenten sowie der Gesamtheit und der Wissenschaft ein Mitbestimmungsrecht zusteht. Und stets wird es dabei vorzuziehen sein, daß dieses Bestimmungsrecht sich nicht bloß auf die Verfügung über das fertige Produkt, sondern auch, auf den Produktionsprozeß selbst bezieht.

Wohl hat der Gildensozialismus ganz recht, wenn er sagt, daß der Arbeiter nicht bloß nach guten Arbeitsbedingungen, sondern auch nach Freiheit verlangt. Er will die Demokratie auch in der Industrie.

Aber die Demokratie bedeutet, das sieht auch Coie ein, nicht Anarchie, sondern Unterwerfung des Individuums unter die Beschlüsse der Mehrheit und unter die von ihr eingesetzten Leiter.

Er meint allerdings:

"Der Arbeiter ist nicht frei, solange ihm seine Aufseher und Direktoren von einer äußeren Gewalt aufgezwungen werden, möge diese ihm noch so mild begegnen. Er muß als notwendiger Schritt auf dem Wege der industriellen Selbstbefreiung das Recht verlangen, seine Leiter selbst zu wählen." (Selbstverwaltung in der Industrie, S. 176.)

Dem einzelnen Arbeiter werden auch bei höchster industrieller Demokratie seine Aufseher und Direktoren stets durch eine äußere Gewalt aufgezwungen werden, nämlich durch die Mehrheit.

Der Gildensozialismus macht hier freilich eine merkwürdige Unterscheidung. Die Mehrheit der Berufsgenossen ist für ihn keine „äußere Gewalt“ dem einzelnen Arbeiter gegenüber, wohl aber die Mehrzahl der Klassengenossen, der Arbeiter aller Berufe, die in einer sozialistischen Gesellschaft gleichbedeutend sind mit der Masse der Konsumenten. Die Gesetze der Kunst sind für den Gildensozialismus Freiheit, die Gesetze der Gemeinschaft aller sind ihm unerträgliche Sklaverei. Er wird eben die Eierchen des Syndikalismus nicht los, wenn er auch dessen Ablehnung des staatlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln überwunden hat.

f) Sozialismus und Profit.

Noch eine Frage erhebt sich für uns im Zusammenhang mit der des Einflusses der Arbeiter, der Konsumenten, des Staates auf die sozialisierten Betriebe: Wie sind deren Überschüsse zu verwenden? Und dürfen sie überhaupt überschüsse machen?

Die Anhänger der gemeinwirtschaftlichen Betriebsform bejahen zumeist diese Frage. Otto Bauer in seinem „Weg zum Sozialismus“ hält es für eine Selbstverständlichkeit, deren Notwendigkeit er nicht weiter erörtert, daß die bergewirtschafteten Industriezweige Reingewinne machen.

„Ein Teil des Reingewinns wird selbstverständlich in jedem Jahre dazu verwendet werden müssen, den Produktionsapparat des Industriezweigs auszugestalten und zu vervollkommen. Der Rest des Reingewinns aber wird geteilt werden zwischen dem Staat einerseits, den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die in dem Industriezweig beschäftigt sind, andererseits.“

Ähnlich sagt der sozialistische Vorschlag der zweiten Sozialisierungskommission in seinem § 4 von der zu begründenden deutschen Kohलगemeinschaft:

„Die Überschüsse fließen, soweit sie nicht im Einvernehmen mit der Reichsregierung zur Förderung der Kohlewirtschaft verwendet werden, der Reichskasse zu.“

Daran haben manche Sozialisten Anstoß genommen. So Edwin Carpow und Hermann Kranold in ihrer Schrift „Vollsozialisierung des Bergbaus“, die eine Kritik der Vorschläge der Sozialisierungskommission darstellt. Die Verfasser sagen zu dem eben erwähnten § 4:

„Es wird also nicht die Veseitigung kapitalistischen Gewinns aus dem Kohlenbergbau überhaupt geplant, sondern es ist ein Staatskapitalismus an Stelle des Privatkapitalismus in Aussicht genommen. Es liegt ganz im Erassen des Reiches, was es mit den Gewinnen der Kohलगemeinschaft, die ihm ausbezahlt werden, macht.“ (S. 6.)

Dementprechend sagen die Verfasser auch in dem Gegengentwurf, den sie dem der Sozialisierungskommission entgegensetzen, in § 10:

„Überschüsse der deutschen Kohलगemeinschaft sind dem Betrieb der deutschen Kohलगemeinschaft wieder zuzuführen. Gewinnanteile werden nicht ausbezahlt.“

Überschüsse an die Gesamtheit abzugeben, ist danach verwerflicher Staatskapitalismus.

Ähnliche Auffassungen konnten wir schon vor dem Kriege in bezug auf Gemeindebetriebe hören: es wäre verwerflich, aus ihnen Überschüsse zu erzielen. Das sei Profitwirtschaft, also das Gegenteil von Sozialismus.

Diese Auffassung geht noch von dem alten Grundsatz aus: Jedem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeit.

Auch Cole nennt unter den vier Punkten, die die Reichsgilden dem Arbeiter sichern müssen, als vierten den „Anspruch auf das Produkt seiner Arbeit, gemeinsam mit seinen Kameraden („Selbstverwaltung usw.“, S. 75).

Die Kritik, die Marx in seinem Programmbrief von 1875 an dem Anspruch des Arbeiters auf das Produkt seiner Arbeit übte, ist an den sozialistischen Theoretikern dieser Art spurlos vorbegegangen.

Nun ist aber eines klar: Die politische Herrschaft des Proletariats wird große staatliche Aufwendungen für mannigfache Zwecke der Gemeinschaft mit sich bringen, auf die wir schon hingewiesen haben: eine Umwälzung des Wohnungswesens, Verbesserung und Erweiterung des Schulwesens sowie des Heilwesens, endlich eine umfassende Jugendfürsorge.

Bisher wurde als vornehmstes Mittel, Gelder für Staatszwecke aufzubringen, die Steuer betrachtet. Das soll für die genannten Sozialisten wohl auch weiter so bleiben. So bemerken auch die Carpow und Kranold höhniisch, die Überschüsse der Kohlewirtschaft, die dem Reiche auflösen, könnten wohl künftighin dazu verwendet werden, „reichen Leuten direkte Vermögens- und Einkommensteuern zu ersparen“.

Es ist natürlich äußerst wahrscheinlich, daß ein proletarisches Regime, das genügend entschlossen und kraftvoll dem Kapitalismus entgegentritt, um den Kohlenbergbau zu sozialisieren, keine andere Sorge daneben kennen wird, als den reichen Leuten Steuern zu ersparen.

Aber etwas anderes ist zu beachten: Je weiter die Sozialisierung fortgeschreitet, desto mehr wird sie das Ausbeutungsgebiet des privaten Kapitals einengen und innerhalb dieses stets kleiner werdenden Gebiets durch wachsende Hebung der proletarischen Lebenslage den Lohn auf Kosten des Profits heben, die Profitrate senken.

Die Folge wird sein ständige Abnahme der Masse des Mehrwerts, die den Kapitalisten aufliegt. Es ist nun ein Unding, diese Masse zu verringern und gleichzeitig von ihr eine ungeheure Vermehrung von Steuererträgen zu erwarten. Werden die riesigen Kosten der gemeinsamen sozialen Aufgaben des Staates unter einem proletarischen Regime durch Steuern aufgebracht, dann wird bei noch so hohen Vermögens- und Einkommensteuern der Reichen ein immer größerer Teil der Steuerlasten auf die Arbeiter fallen.

Nun wird ja bei unseren Voraussetzungen auch der Lohn entsprechend gestiegen und damit die Kraft der Arbeiter vermehrt sein, die erhöhten Steuern zu tragen. Ist es aber nicht eine Sinnlosigkeit, den Arbeitern der sozialisierten Betriebe um des sozialistischen „Prinzips“ willen zuerst den Betrag der Steuer in ihren Löhnen auszugahlen, um ihnen dann mit-

sam, in stetem Kampfe mit den Steuerträgern durch einen schwerfälligen und kostspieligen bürokratischen Apparat den Betrag in hundertertei verschiedenen Arten wieder abzunehmen?

Wenn die Zahl der sozialisierten Betriebe und die Menge ihrer Überschüsse einmal groß genug sind, die gesamten Ausgaben des Staates und der Gemeinden zu decken, dann wird der große bürokratische Apparat, der heute dem Steuerwesen dient, ganz überflüssig. Damit würden wir einen sehr erheblichen Teil jener staatlichen Bureaucratie los, deren Verminderung zu den dringendsten Aufgaben des siegreichen Proletariats gehört. Diese kostspieligen Kräfte würden frei zu produktiver Anwendung. Und um wieviel einfacher und harmonischer würde sich das Leben ohne die zahllosen Schikanen der Steuerveranlagung, Kontrolle, Einhebung gestalten.

In dieser Richtung würde die sozialistische Produktion noch dadurch sehr kräftig wirken, daß sie auch der Zölle entraten kann und damit des Heeres der Zöllner.

Die Finanzzölle, die ja nur Steuern sind, müßten bei einigermaßen gedeihender sozialistischer Produktion von vornherein fallen. Der Sozialismus wird ausgehen von industriell hochstehenden Staaten, die auch keine Erziehungszölle mehr brauchen und erst recht nicht Zölle zu dem Zweck, den großen Unternehmerverbänden die Exportprofite zuzuschlagen.

So blieben nur die Zölle zum Schutze von Produktionszweigen, die im Lande deshalb nicht gedeihen können, weil sie dort die notwendigen natürlichen oder sozialen Bedingungen nicht finden. Zölle dieser Art haben nur den Zweck, die natürliche, geographische Arbeitsteilung und damit die Entwicklung der Produktivität der Arbeit zu hemmen, unproduktiven Betriebszweigen auf Kosten der Gesamtheit künstlich das Leben zu verlängern.

Die Abschaffung solcher Zölle mag mitunter für manche Kreise auch der Arbeiterschaft schmerzhaft sein. Das macht Vorsicht bei der Abschaffung erforderlich, spricht aber nicht gegen diese selbst.

Der Verzicht auf jede Abgabe von Überschüssen sozialisierter Betriebe an das Gemeinwesen würde dessen Aufsteigen zu höheren Formen sehr hindern und die Fütterung eines

umfangreichen Beamtenapparats mit sehr weitgehenden Befugnissen gegenüber dem einzelnen Bürger nötig machen. Dieser Verzicht auf Überschüsse ist keineswegs gleichbedeutend mit Sozialismus.

Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus besteht nicht darin, daß der eine Profite erzielt und der andere nicht, sondern darin, daß der eine Profite für einzelne erzielt und der andere Profite für die Gemeinschaft. Das dürfte doch schon ein sehr erheblicher Unterschied sein.

Doch ist er nicht der einzige in bezug auf Profit. Ein anderer besteht in folgendem: Unter dem Kapitalismus sind Betriebe nur dann lebensfähig, wenn sie Profit erzielen. Der Profit ist die Seele der Wirtschaft. Einzelne Betriebe oder Betriebszweige mögen noch so nützlich für die Allgemeinheit sein, sie können sich nicht behaupten, wenn es ihnen nicht gelingt, die durchschnittliche Profitrate zu erzielen. Auf der anderen Seite findet jeder Betrieb das nötige Kapital und fröhliches Gedeihen, wenn er genügenden Profit abwirft, er mag für die Gesellschaft noch so verächtlich oder schädlich sein.

Das ist anders in einer sozialistischen Organisation des Produktionsprozesses. Die Leitung eines sozialisierten Betriebs hat es nun in der Hand, jede schädliche oder schädliche Anwendung seiner Produktionsmittel hintanzuhalten, auch wenn sie noch so viel Profit verspricht. Das wird um so eher der Fall sein können, je mehr auf ihn nicht bloß die Produzenten des einzelnen Produktionszweigs, sondern auch die Gesamtheit der Konsumenten Einfluß haben.

Andererseits vermag aber die sozialisierte Produktion einzelne Betriebe oder Betriebszweige fortzuführen, die ihr nützlich erscheinen, auch wenn sie keinen Profit abwerfen, vielleicht sogar Zuschüsse erheischen. Die Errichtung von Schulen, der Bau von Landstraßen und Brücken ist für Staat und Gemeinden nie ein profitables Geschäft gewesen. Ein sozialistisches Gemeinwesen wird und muß trachten, auch sonstige Einrichtungen allgemeinen Bedarfs oder höherer Kultur allen ohne oder gegen geringes Entgelt zugänglich zu machen.

Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß die Frage des Profits, des Überschusses für die städtischen und kommuni-

nalen Betriebe gleichgültig sei. Heute können staatliche oder kommunale Einrichtungen, die sich nicht selbst decken, nur betrieben werden mit Hilfe von Steuern auf den einzelnen, die um so höher steigen, je größer die Leistungen jener Einrichtungen für die Allgemeinheit. Je mehr die Sozialisierung fortschreitet, je mehr Betriebszweige in den Besitz des Staates und der Gemeinden übergehen, desto mehr wird man den kostspieligen Umweg der Steuer für die Gewinnung von Staats- und Gemeindeeinnahmen verlassen, und desto abhängiger werden die öffentlichen Finanzen von den Überschüssen der öffentlichen Betriebe sein. *E i n z e l n e* Betriebe und Betriebszweige mögen dann ohne Überschuß, ja mit starken Zuschüssen arbeiten. Für ihre *G e s a m t h e i t* ist das unmöglich. Je größer die Zuschüsse für die einen, desto größer müssen die Überschüsse der anderen sein.

Die Überschußwirtschaft ist also nicht nur nicht unsozialistisch; je gewaltiger die sozialen Aufgaben, die dem sozialistischen Regime gestellt werden, desto erheblicher werden die Überschüsse sein müssen, die seine sozialisierten Betriebe in ihrer *G e s a m t h e i t* zu liefern haben.

Aber der Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird nicht bloß darin bestehen, daß hier die Profite einzelnen Kapitalisten, dort der Gesamtheit zufallen, und daß hier die Betriebe bloß wegen des Profits, ohne Rücksicht auf ihre Schädlichkeit und Nützlichkeit betrieben werden, indes dort nur die für die Gesamtheit nützlichen Betriebszweige erhalten, die für sie schädlichen zum Stillstand gebracht werden, ohne Rücksicht auf den Profit. Zu diesen Unterschieden gestellt sich noch der, daß die nächstliegende Methode für den Kapitalisten, seinen Mehrwert zu steigern, die Verschlechterung der Lage seiner Arbeiter ist, Reduzierung ihres Lohnes, Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Das ist natürlich in einem sozialisierten Betrieb ausgeschlossen. Wohl hat er nicht die Aufgabe, auf Kosten der anderen Arbeiter eine privilegierte Arbeiteraristokratie zu schaffen, aber es gebührt ihm, ein Musterbetrieb zu sein in jeder Beziehung, nicht zum mindesten in bezug auf die Lage seiner Arbeiter. Ihre geistige und physische Hebung muß zu den Hauptforigen der Leitung der sozialisierten Betriebe gehören. Sie darf nach Überschüssen nur trachten durch

möglichste Vollkommenheit ihrer technischen Einrichtungen, durch die möglichste Verbesserung ihrer Organisation, durch Maßregeln, welche die Kraft und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter steigern. Sie kann darin mehr leisten als der kapitalistische Betrieb, weil sie nicht auf die Gegnerschaft, sondern auf die Mitarbeit ihrer Arbeitskräfte bei der Einrichtung und Durchführung des Produktionsprozesses aufgebaut ist.

Die sozialisierten Betriebe in ihrer Gesamtheit sollen und müssen Überschüsse erzielen. Aber sie können und dürfen sie nicht erzielen durch vermehrte Arbeiterfönderei, sondern durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit, durch Maßnahmen, die bewirken, daß gleicher Arbeitsaufwand höheres Produkt bringt.

g) Die Ausbreitung der Sozialisierung.

Die Sozialisierung wird von wenigen Punkten aus beginnen müssen. Aber es liegt in ihr ein Drang nach steter Ausdehnung. Nicht nur infolge des Druckes der Arbeiterklasse, sondern auch aus ökonomischen Erwägungen heraus.

Schon in der kapitalistischen Produktionsweise finden wir neben dem steten Streben nach Erweiterung der einzelnen Betriebe das nach Annäherung verschiedener Betriebe aneinander und nach ihrer Zusammenfassung unter einer gemeinsamen Leitung — teils Zusammenfassung von Betrieben gleicher Art, was man ihre horizontale, teils Zusammenfassung von Betrieben verschiedener, aber auseinander angelegener Art, was man ihre vertikale Verbindung nennt.

Die Zusammenfassung von Betrieben gleicher Art geschieht hauptsächlich zu dem Zwecke, die Konkurrenz auszuschalten, die Produktion einzuschränken, dadurch die Preise über das Niveau hinauszutreiben, das sie bei freier Konkurrenz erzielen würden, und so Extraprofite über den Durchschnittsprofit hinaus zu erzielen. Nur dort, wo der Großbetrieb so hoch entwickelt ist, daß die Zahl der einzelnen Betriebe gleicher Art im Staate eine geringe ist, oder wo natürliche Umstände die Zahl der vorhandenen Betriebe einschränken, wie oft im Bergbau, finden wir Vereinigungen dieser Art.

Sie wirken indes nicht bloß durch Einschränkungen der Produktion, sondern auch dadurch, daß sie mit der Konkur-

renz auch deren Kosten des Suchens und Anlockens der Abnehmer für jeden einzelnen Betrieb, die Kosten von Annoncen, Reklamen, Geschäftsreisen und wdh. aufheben. Wo die Zusammenfassung der Betriebe zur Vertrustung geht, wo die einzelnen Betriebe völlig ihre Selbständigkeit verlieren, kann sich zu diesem Vorteil noch der hinzugesellen, daß die ganze Produktion auf die bestgeeigneten, ertragreichsten Produktionsstätten konzentriert wird und die schlecht ausgestatteten außer Betrieb gesetzt werden.

Bei sozialisierten Betrieben wird das Bedürfnis nach Zusammenfassung zum Teil ebenfalls, wie bei diesen kapitalistischen, durch Vorteile größerer Produktivität und Kostenersparnis hervorgerufen werden. Die natürlichen Ausgangspunkte der Sozialisierung werden ohnehin meist Betriebszweige sein, bei denen Kartellierung oder Vertrustung schon erreicht ist. Aber unter Umständen wird sie auch mit Einzelbetrieben beginnen müssen.

Neben dem Bestreben nach höherer Produktivität wird bei den sozialisierten wie bei den kapitalistischen Betrieben auch das nach Ausschaltung der Konkurrenz für ihre Zusammenfassung wirksam sein. Sondern hier nicht in dem gleichen Sinne wie dort. Die sozialisierten Betriebe haben keine Veranlassung, nach Ausschaltung der Konkurrenz auf dem Markte zu trachten, um das Angebot hinter der Nachfrage zurückstehen zu lassen, dadurch die Preise zu erhöhen und Extraprofite zu erzielen: dagegen würden sich die Konsumenten energig wehren, die in den sozialisierten Betrieben ein kräftig Wortlein mitzureden haben.

Aber gerade weil dies der Fall, kann die Ausschaltung der Konkurrenz ohne Schaden für das Gemeinwesen erfolgen, während in der kapitalistischen Produktion die Aufhebung der Konkurrenz gerade jenen Faktor beseitigt, dem ihre größten Errungenschaften auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktivkräfte zu danken sind und ohne den die Schädlichkeiten des Kapitalismus auf die Spitze getrieben werden.

Die sozialisierten Betriebe müssen trachten, die Konkurrenz auszuschalten, nicht um die Konsumenten zum Vorteil der Produzenten zu schröpfen, sondern weil der Konkurrenzkampf auf dem Markt eine persönliche Initiative im Konkur-

lationsprozeß der Waren erheischt, die am besten bei privatem Eigentum an Produktionsmitteln und Produkten gedeiht und die einen schwachen Punkt des sozialisierten Betriebs darstellt, wie wir schon gesehen haben. Das spricht natürlich nicht gegen die Sozialisierung, wohl aber gegen die Sozialisierung auf der Basis der Konkurrenz. Beginnt das Sozialisieren am besten dort, wo bereits die kapitalistische Entwicklung die Konkurrenz aufgehoben hat, so müssen vereinzelt sozialisierte Betriebe das Bestreben haben, die mit ihnen konkurrierenden privaten Betriebe in das Bereich der Sozialisierung mit einzubeziehen.

Neben dieser horizontalen Zusammenfassung verspricht aber auch die vertikale höchst wichtig zu werden.

Bei der heutigen weitgetriebenen Arbeitsteilung ist die Herstellung eines Produkts selten auf einen Betrieb beschränkt. Die meisten Produkte müssen vom Rohmaterial an eine Reihe von Betrieben durchlaufen, bis sie für den letzten Verbrauch fertig sind. In der Reihenfolge der einzelnen Betriebe steht immer der eines späteren Stadiums des Produkts demjenigen, der es oder einen seiner Bestandteile im vorhergehenden Stadium produziert, als Konsument dem Produzenten gegenüber.

Wie das Interesse der Konsumenten im allgemeinen dann am besten gewahrt wird, wenn sie selbst über die Produktionsmittel der Produkte verfügen, die sie konsumieren, so ist das auch mit diesen produktiven Konsumenten der Fall. Wenn ein Betrieb die Gegenstände selbst erzeugt, die er verbraucht, oder wenn sein Eigentümer auch jene Betriebe besitzt, die solche Gegenstände erzeugen, ist er sicher, sie stets in der nötigen Quantität und Qualität zu erhalten, da ja dann die Produktion die Hilfsbetriebe nach den Bedürfnissen des von ihnen bedienten Betriebs einrichten wird.

Seit dem Aufkommen der Unternehmerverbände kommt noch ein weiteres Moment dazu. Diese suchen ihrem Betriebszweig Extraprofite anzuhängen, die jeden Betrieb belassen, der ihre Produkte verarbeitet. Dem entgeht der konsumierende Betrieb, wenn er über die Betriebe seiner Lieferanten selbst verfügt. Er erspart die Extraprofite des Kartells oder Trusts, steckt sie entweder selbst ein oder vermag um ihren Betrag sein Produkt billiger herzustellen und so die Konkurrenz zu schlagen.

Dem stehen allerdings in hohem Grade die Bedingungen der Arbeitsteilung entgegen, die dahin führen, daß ein ehemals einheitlicher Produktionsprozeß, der in einem einzigen Betrieb vollzogen wurde, sich jetzt in eine Reihe von Teilprozessen gespalten hat, die in einer Reihe selbständiger Betriebe vor sich gehen.

Die Vorteile der Arbeitsteilung, der Spezialisierung sind offenkundig, aber eine jede Arbeitsteilung unter einzelnen Betrieben setzt eine bestimmte Ausdehnung des Marktes voraus. Je kleiner die Betriebe eines Produktionszweigs im allgemeinen, je kleiner also der Konsum an Produktionsmitteln des einzelnen Betriebs, desto größer wird die Zahl der Betriebe sein müssen, für die ein einzelner Produktionsmittel erzeugt. Nur ein sehr großer Betrieb wird imstande sein, wenigstens einzelne Produktionsmittel selbst herzustellen oder sich Betriebe anzugliedern, die solche Produktionsmittel erzeugen.

Das Bestreben, Betriebe zusammenzufassen, die in einer Reihenfolge nacheinander dem gleichen Produktionsprozeß dienen, erstreckt daher erst mit den modernen Riesenbetrieben und ist auf sie beschränkt.

Was heute schon für die kapitalistischen Betriebe gilt, wird erst recht Geltung bekommen für die sozialisierten, namentlich dort, wo nicht einzelne Betriebe sozialisiert werden, sondern ein ganzer Betriebszweig, der nicht nur einer gemeinsamen Leitung unterstellt ist, sondern dessen Betriebe auch alle den gleichen Eigentümer haben, den Staat (oder die Gemeinde). Da bekommt das Streben nach vertikaler Zusammenfassung ganz außerordentliche Kraft und sehr erweiterte Möglichkeiten vorteilbringender Durchführung. Es wird nicht darunter leiden, sondern dadurch verstärkt werden, daß die enge Verschlingung verschiedener Produktionszweige miteinander es mitunter schwieriger macht, den einen gang getrennt von den anderen zu sozialisieren.

So sind zum Beispiel die Eisenwerke in hohem Grade abhängig von richtiger Qualität der Kohle und ihrem billigen Preis. Das hat dazu geführt, daß eine Reihe von Eisenwerken eigene Kohlengruben erworben hat, die sogenannten Hüttenzechen. Bei der Sozialisierung der Kohlengruben erstreckt sich die Frage: Soll sie sich auch auf die Hüttenzechen erstrecken?

Wer aber diese Frage bejaht, wird leicht zur Konsequenz getrieben: Warum bei der Kohle stehenbleiben und mit der Hüttenzechen nicht auch die Hütten selbst sozialisieren? Alfonso Gortén hält es für notwendig, daß man nicht bloß die Kohle allein sozialisiert, sondern Kohle, Eisen und Stahl zusammen. Es erscheint ihm jedoch unmöglich, dieses ganze ungeheure Produktionsgebiet auf einmal zu sozialisieren. Im Gegensatz zu den meisten anderen Vorschlägen will er jedoch nicht einen dieser Produktionszweige nach dem anderen sozialisieren, sondern sie alle gleichzeitig, aber nur zum Teil, zunächst etwa 10 bis 15 Prozent der vorhandenen Kohlen- und Eisenwerke (Gortén, Sozialisierung und Wiederaufbau, S. 45, Berlin 1920).

Grundsätzlich wäre dieser Vorschlag nicht von vornherein abzulehnen. Ob er praktisch zweckmäßig ist, müssen die Sachleute entscheiden. Viel Gegenliebe hat er bisher nicht gefunden.

Aber wie dem auch sei, eines ist jedenfalls klar: die Sozialisierung der Kohle enthält in sich schon das Verlangen nach Sozialisierung des Eisens.

Derselbe Drang wird sich von einem anderen sozialisierten Betriebszweig aus geltend machen: von seinen der Eisenbahn. Sie ist ein so starker Verbraucher von Eisen, Schienen, Schwellen usw., ihr Betrieb und ihre Rentabilität so sehr abhängig von den Qualitäten und den Preisen der Eisenprodukte, daß die Sozialisierung der Eisenproduktion für sie eine fühlbare Erleichterung bilden wird. Wenn die bürgerlichen Regierungen für ihre Staatseisenbahnen bisher noch nicht dahin gestrebt haben, so liegt das wohl namentlich daran, daß erstens die Wirtschaftsführung der staatlichen Bürokratie keine guten Resultate erzielte, zweitens aber daran, daß die Schwerindustrie bisher zusammen mit der Kohle die stärkste Macht in den meisten kapitalistischen Staaten darstellte. Kohle und Eisen sowie (in Frankreich, England, Amerika) die Eisenbahnen bilden die Hochburgen des Kapitalismus. Sind ihm die entzissen, dann ist die Macht der Finanzmagnaten gebrochen. Wenn in Deutschland und Österreich die Eisenbahnen trotz dem kapitalistischen Widerstand schon seit längerer Zeit verstaatlicht wurden, ist es nicht der Macht der Arbeiterklasse, sondern der des Militarismus zuzuschreiben, der dieser Werkzeuge der Kriegsführung bedurfte und noch stärker war als das Großkapital.